

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Formalitäten beginnt das Haus sofort die Beratung des wichtigsten Gegenstandes der Tagesordnung: Dritte Beratung des

Gesetzentwurf über die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen mit den vormals regierenden Fürstenhäusern.

Präsident Löbe schlägt vor, in der allgemeinen Aussprache die Redezeit für jede Fraktion auf eine Stunde festzusetzen, in der Spezialberatung soll der Gesetzentwurf in zwei Gruppen geteilt werden, für jede Gruppe eine Redezeit von 1/2 Stunde.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt die Redezeit in der allgemeinen Aussprache auf eine Stunde zu bemessen. Dieser Antrag erregt allgemeine Heiterkeit, da es bekannt ist, daß sich die großen Parteien, da die Entscheidung durch den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion schon längst gefallen ist, auf formulierte Erklärungen beschränken wollten. Der kommunistische Antrag wird dann auch gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion:

Der Präsident erteilt sofort dem Vertreter der stärksten Fraktion des Hauses, der sozialdemokratischen, das Wort.

Abg. Wels (Soz.):

Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die sozialdemokratische Fraktion war in der Frage der Fürstenabfindung jederzeit auf das Eifrigste bestrebt, eine Lösung zu finden, die dem allgemeinen Empfinden und der Notlage des deutschen Volkes Rechnung trägt. Am 4. Mai 1923 haben wir Sozialdemokraten mit dem Antrag Müller-Franken den Versuch gemacht, eine

Regelung der Abfindungsfrage durch die Landesgesetzgebung

herbeizuführen. Wir fanden damals nicht die genügende Unterstützung der bürgerlichen Parteien. Im Frühjahr dieses Jahres erlebte der Antrag Müller-Franken in seinem wesentlichen Inhalte eine Auferstehung im Antrage Koch-Weiser. Auch diesem Antrag blieb der Erfolg verweigert.

Eine Welle ungeheurer Empörung ging infolge des unerhörten Verhaltens der Fürsten durch das Volk.

Das durch den verlorenen Krieg und die Revolution neu geschaffene Recht wurde in Prozessen der Fürsten, insbesondere der Hohenzollern, gegen das deutsche Volk durch eine vorrevolutionäre Gesetzgebung und Rechtsprechung beseitigt. So wurde der Gesetzentwurf geboren, der dem Volksbegehren zugrunde lag. Zweieinhalb Millionen deutscher Männer und Frauen forderten durch ihre Unterschrift im Volksbegehren, daß der Gesetzentwurf Gesetz werde. Dafür wurden sie in dem Kampf um den Volksentscheid als Diebe und Räuber beschimpft. Der Reichspräsident wurde in den Streit hineingezogen und nahm gegen Millionen deutscher Staatsbürger Stellung. Man behauptete, die Grundgesetze des Reiches würden erschüttert, wenn das Entschuldigungsgebot gegen die Fürsten angenommen würde. Die Millionen der Sparkassen-, Hypotheken- und Anleihegläubiger, die nach den Bestimmungen des sogenannten Aufwertungsgesetzes behandelt wurden und sich zum Volksentscheid bekannten, wurden als Leute bezeichnet, die für Recht und Moral kein Verständnis hätten. Trotz alledem haben 14 1/2 Millionen deutscher Wähler und Wählerinnen sich beim Volksentscheid zu einer Gesetzgebung bekannt, wie sie auch in Deutschösterreich 1919 mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien, insbesondere der christlich-sozialen Bürgerpartei des Zentrums,

gegen die Habsburger

beschlossen wurde.

Unerschütterter Terror

machte Millionen von deutschen Staatsbürgern die Beteiligung am Volksentscheid unmöglich. Zu der Ungleichheit in der Behandlung der Spärer und Fürsten trat die brutale Gewalt, die den wirtschaftlich abhängigen Teil des Volkes dem politischen Willen einer Herrenkaste unterwarf. Dadurch wurden in Wahrheit die Grundgesetze des heutigen Staates bedroht und der Grundgedanke der Verfassung, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, zunichte gemacht. Wir fordern den Schutz der politischen Rechte des Volkes, den Schutz der wirtschaftlich Schwachen vor Ausbeutung ihrer Staatsbürgerrechte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, als der Volksentscheid nicht die verlangte Mehrheit brachte, dem Reichstage die Arbeit für eine befriedigende Lösung der das ganze Volk tief bewegenden Frage wieder aufgenommen. Sie konnte sich dabei auf eine Erklärung stützen, die am 10. Juni in der 21. Sitzung des Reichstages, zehn Tage vor dem Volksentscheid, namens der Regierungsparteien vom Herrn Abgeordneten von Guérard abgegeben wurde. In dieser Erklärung hieß es: „Angesichts der Tatsache, daß im Land befeuert wird, im Falle der Ablehnung des Volksentscheides werde jede reichsgesetzliche Regelung scheitern, wollen die Regierungsparteien keinen Zweifel darüber lassen, daß sie den Erfolg eines der Ausenderung zwischen den beteiligten Ländern und den Fürstenhäusern regelnden Gesetzes für unbedingt notwendig erachten. Sie erklären mit nachdrücklichstem Ersatz, daß sie alles daran setzen werden, den vorliegenden Gesetzentwurf in allen wesentlichen Bestandteilen zur Annahme zu bringen.“

In ihm soll ein Gesetz geschaffen werden, das der veränderten staatsrechtlichen Stellung der Fürstenhäuser entspricht. Das Gesetz wird den Fürsten nur das Vermögen belassen, welches sie als unzweifelhaftes Privateigentum erworben.

Den Folgen des verlorenen Krieges, der Verarmung des Volkes und der gesamten Vermögenslage der Fürsten wird ausreichend Rechnung getragen. Den Ländern soll zugesetzt werden, worauf sie aus Gründen der Kultur oder der Volksgesundheit Anspruch haben.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion muß heute feststellen, daß

Dieses vor dem Volksentscheid abgegebene Versprechen nicht eingelöst

worden ist. Die Regierungsparteien haben unter dem Druck ihres rechten Flügels fast allen Vorschlägen der sozialdemokratischen Fraktion, die in der Richtung der von Herrn Guérard abgegebenen Erklärung gestellt waren, ihre Zustimmung verweigert. Sie haben es insbesondere abgelehnt, die Ausenderung unmittelbar durch Gesetz zu regeln, die Entscheidung vielmehr einem Gericht übertragen. — Sie haben abgelehnt, die Richter des Sondergerichtes durch den Reichstag wählen zu lassen. Sie haben abgelehnt, dem Gesetz rückwirkende Kraft zu geben. Sie haben abgelehnt, bei der Trennung von Fürsten- und Staatseigentum dem Volk günstigeren Grenzen festzusetzen und haben unseren Antrag abgelehnt, Aufwertungen des Fürstenvermögens bis zu 1450 Prozent, wie sie vorgekommen sind, unbedingt auszuschließen. Aus diesen zwingenden Gründen lehnt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Zustimmung zu dem Gesetze ab. Das Scheitern der Vorlage in diesem Stadium entbindet die Regierung und die Regierungsparteien nicht von ihren feierlich gegebenen Zusagen.

Eine andere Lösung ist notwendig.

Diese andere Lösung kann nach dem vollständigen Versagen dieses Reichstages

nur von einem neuen Reichstag

geschaffen werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert daher die sofortige Verlängerung des Sperrgesetzes und die

Auflösung des Reichstages,

Senatspräsident Großmann ausgeschlossen. Kein Platz für Republikaner im Preussischen Richterverein.

Die Berliner Ortsgruppe des Preussischen Richtervereins hat in ihrer gestrigen Mitgliederversammlung den Führer des Republikanischen Richterbundes, Kammergerichtsenatspräsident Dr. Großmann ausgeschlossen. Der Ausschluß wurde damit begründet, daß Großmann durch seine Forderung, daß die Richter mehr den Geist der Weimarer Verfassung in sich aufnehmen mögen, und durch seine Kritik an den republikfeindlichen Tendenzurteilen in politischen Prozessen sich „vereinswidrig“ betätigt habe.

Kirche und Staat.

Eine sächsische Gesetzesvorlage.

Dresden, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die sächsische Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf zugewandt, durch den das Verhältnis des Staates zu allen öffentlich-rechtlichen Gesellschaften, vor allem also zu den Religionsgesellschaften, eine Regelung erfahren soll. Diesen Gesellschaften soll die Befugnis öffentlicher Behörden zugestanden werden. Daneben sind für die Wahrnehmung der Befugnisse des Staates bestimmte Behörden vorgesehen. Gegen Entscheidungen der Staatsbehörden steht den Religionsgesellschaften Berufung bei dem Oberverwaltungsgericht zu.

In der Begründung des Gesetzes wird hervorgehoben, daß in Sachsen auf Grund der Bestimmungen der Reichsverfassung die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt werden soll, allerdings unter Beibehaltung der Aufsicht des Staates über die Kirchen. Das Verlangen der katholischen Kirche, das Gesetz nicht ohne Kenntnis und Mitwirkung des Papstes zu erlassen, hat die sächsische Regierung abgelehnt.

damit das Volk durch eine neue, seinem Willen entsprechende Vertretung die Frage der Vermögensauseinanderlegung mit den einst regierenden Fürstenfamilien zu einer

das Rechtsgefühl befriedigenden Lösung

führen kann und den durch die geplanten Zollerhöhungen beabsichtigten neuen Angriff auf die Lebenshaltung des schwer leidenden Volkes zurückzuschlagen kann.

Die außerordentlich eindrucksvoll vorgetragene Erklärung erhielt bei den besonders markanten Stellen lebhafteste Zustimmung der Sozialdemokraten. Einige Male kamen von rechts lärmende Zurufe, die aber die Wirkung der Erklärung nur noch unterstrichen. Unter stürmischem Beifall der Sozialdemokraten hatte der Redner die Erklärung beendet.

Abg. Graf Westarp (Dnall.)

wird von den Kommunisten mit Zurufen wie Fürstentum begrüßt. Präsident Löbe ruft zwei kommunistische Abgeordnete zur Ordnung. Der Redner erklärt, die Auseinanderlegung mit den Fürsten sei eine privatrechtliche Frage, die in den meisten Ländern durch Vergleiche befriedigend gelöst sei. Das Hohenzollernhaus habe das weitestgehende Entgelt bekommen gezeit. (Lautes Gelächter links. Abg. Sollmann (Soz.) ruft: „Frecher Junker!“ Er wird dafür zur Ordnung gerufen.) Der ganze häßliche Streit der letzten Zeit wäre vermieden worden, wenn die preussische Regierung und die preussischen Regierungsparteien zu ihrem Wort gestanden hätten. (Unruhe links.) Die Demokraten hätten mit ihrem Votum während der letzten Wahlperiode die Entwicklung der Dinge eingegriffen.

Dieser Eingriff habe schließlich zum Volksentscheid geführt, der geradezu den Weg zum Bolschewismus eröffnete.

(Hul-Hul-Rufe links.) Die deutschnationale Fraktion habe unter Zurückstellung grundsätzlicher Bedenken an den Abfindungsgesetzentwurf positiv mitgearbeitet, aber alle ihre Verbesserungsanträge seien abgelehnt worden. Die Deutschnationalen seien

auch jetzt bereit, zusammen mit den Regierungsparteien eine Lösung zu schaffen

in der Weise, daß die noch nicht erledigten Ausenderungsfragen von einem Sondergericht in freier und nicht durch das Gesetz bestimmter Rechtsfindung entschieden werden. So könnte mit einfacher Mehrheit ein Gesetz angenommen werden, aus dem jene Bestimmungen entfernt sind, die den Verfassungsgrundsätzen von Eigentum und Rechtsgleichheit widersprechen. Nachdem die Regierungsparteien auch diesen Vorschlag abgelehnt haben, bleibe der deutschnationalen Fraktion nur die Ablehnung der Vorlage übrig. Der monarchische Gedanke werde im Volk nicht untergehen. (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen. Pfeifen und Fischen links.)

Nummehr nimmt das Wort

Reichskanzler Dr. Marx:

Da nach den Darlegungen der beiden Herren Vorträger namens der beiden Flügelparteien feststeht, daß die beiden genannten Parteien das Gesetz in der Schlussabstimmung ablehnen werden, habe ich namens der Reichsregierung folgende Erklärung abzugeben:

Die Regierung sieht sich zu ihrem lebhaften Bedauern der Tatsache gegenüber, daß der Reichstag bisher nicht imstande gewesen ist, die außerordentlich wichtige und das Volk in allen seinen Teilen ausregende Frage der Ausenderlegung zwischen den Ländern und den ehemaligen Fürstengleichgeordneten gesegnetlich zu lösen. Sie erwartete auf das bestmögliche, daß der vorliegende Entwurf aus den in ihm liegenden gewichtigen sachlichen Gründen doch schließlich mit Zweidrittelmehrheit Gesetz werden würde. Falls diese Erwartung infolge des Verhaltens nur einer der Flügelparteien sich nicht erfüllt hätte, hätte das Kabinett einstimmig beschloffen, vom Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages zu erbitten. Nachdem aber beide Flügelparteien gegen die Annahme des Gesetzentwurfs gestimmt haben, kann eine Auflösung des Reichstages keine Klärung bringen.

Das Kabinett hat ferner die Frage der Demission eingehend erörtert und war zu dem Entschluß gekommen, dem Herrn Reichspräsidenten die Kammer zur Verfügung zu stellen. Von diesem Entschluß hat die Reichsregierung mit Rücksicht auf den ihr zugewandten dringenden Wunsch des Herrn Reichspräsidenten Abstand genommen, der aus innen- wie außenpolitischen Gründen einen Austritt der Reichsregierung für unzulässig erachtet. Die Reichsregierung kann ihrerseits die Initiative zur Regelung der Frage im Wege der ordentlichen Gesetzgebung nur dann wieder ergreifen, wenn die politische Lage die parlamentarischen Voraussetzungen dafür schafft. (Bewegung im Hause; von links wird gerufen: „Auflösung!“)

Die Reichsregierung zieht deshalb den Gesetzentwurf zurück.

Präsident Löbe erklärt, daß nach der Geschäftsordnung die Weiterberatung des Gesetzentwurfs nicht mehr möglich ist. Dieser Punkt werde von der Tagesordnung abgehakt.

Abg. Stöcker (Komm.) nimmt zur Tagesordnung das Wort, unter allgemeiner Unruhe bespricht er aber die politische Lage. Er wird wiederholt vom Präsidenten aufgefordert, zur Tagesordnung zu sprechen, endlich verliest er einen Antrag, wonach

ein von der kommunistischen Fraktion eingebrachter Mißtrauensantrag

nach auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden solle. Da aus dem Hause widersprochen wird, wird der Mißtrauensantrag heute nicht mehr verhandelt.

Nummehr folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Aussetzung von Verfahren, das

Sperrgesetz

wonach die Ausenderlegungen und Prozesse mit den vormals regierenden Fürstenhäusern bis zum 31. Dezember 1926 ausgesetzt werden sollen. Das Wort dazu wird nicht verlangt. In namentlicher Abstimmung erklären sich von 447 anwesenden Abgeordneten 333 für ja, 17 für nein, 97 haben sich der Stimme enthalten. Präsident Löbe stellt fest, daß damit das Gesetz die verfassungsmäßig vorgesehene Zweidrittelmehrheit erhalten habe.

Es folgt die Beratung des Berichts des Wohnungsausschusses über eine

Änderung des Reichsmietengesetzes.

Der Ausschuss beantragt als §13a folgende Bestimmung einzufügen:

„Sind an einem Gebäude oder Gebäudeteile nach dem 1. Juli 1926 mit Zustimmung des Mieters oder der Mehrheit der beteiligten Mieter bauliche Veränderungen vorgenommen, die den Gebrauchswert erhöhen und nicht als Instandsetzungsarbeiten anzusehen sind und ist die Friedensmiete nach § 2 Abs. 4 Satz 2 nicht erhöht worden, so kann der Vermieter die zur angemessenen Vergütung und Tilgung des zweckmäßig angewandten angemessenen Kapitals erforderlichen Beträge nach dem Verhältnis der Friedensmieten auf die Mieter umlegen, für die der Gebrauchswert der gemieteten Räume erhöht wird (Zulafmiete). Wird der Gebrauchswert in verschiedenem Umfang erhöht, so hat die Umlegung nach dem Verhältnis der Erhöhung zu erfolgen.“

Im Streitfall entscheidet das Mieteinigungsamt.“ Die Vorlage wird nach kurzer Aussprache in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Abg. Dr. Schreiber (Z.) begründet dann einen von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Völkischen eingebrachten Antrag, der die Einlegung eines angemessenen Betrages in den Nachtragshaushalt 1926 zur Förderung der beabsichtigten

fordert.

Zu verschiedenen Anträgen zugunsten der älteren, vor allem der

Reichskunstwoche

erwerbslosen Angestellten,

legt der Sozialpolitische Ausschuss, über dessen Verhandlungen der Abg. Aufhäuser (Soz.) berichtet, Entschlüsse vor, in denen die Regierung um die Durchführung folgender Maßnahmen ersucht wird:

Höchstzahlung für die Lehrlingshaltung im Handwerksberuf festzusetzen, Umschulungen der erwerbslosen Angestellten in die Wege zu leiten, Maßnahmen zu treffen, um die erwerbslosen Angestellten vor dem Verlust der Versicherungsansparung zu schützen, das Kündigungsrecht der älteren Angestellten zu verbessern und die Mißstände auf dem Gebiet der Chiffre-Anzeigen zu beseitigen. Weiter soll geprüft werden, ob eine Anmeldepflicht der freiberuflichen Stellen den Arbeitgebern auferlegt werden kann und ob die Betriebe zur

Einstellung einer gewissen Zahl älterer Angestellten

verpflichtet werden können.

In Verbindung damit wird der Gesetzentwurf der Regierung über die Erhöhung der Kündigungsfrist für ältere Angestellte beraten. Die Vorlage enthält für Angestellte über 40 Jahre folgende Bestimmungen:

Wer als Arbeitgeber in der Regel mehr als fünf Angestellte beschäftigt, darf einem älteren Angestellten, den er mindestens fünf Jahre ununterbrochen beschäftigt hat, nur mit mindestens drei Monaten Frist für einen Monatslohn kündigen.

Erhält der Angestellte eine Abgangentschädigung und erreicht diese den zuletzt maßgebenden Monatsgehalt, so ist die Kündigungsfrist mindestens zwei Monate; erreicht sie den einhalbfachen Monatsgehalt, so ist die Frist mindestens sechs Wochen; erreicht sie den doppelten Monatsgehalt, so ist die Frist mindestens ein Monat.

Unberührt bleiben die Bestimmungen über fristlose Kündigung.

Unberührt bleibt auch eine gesetzliche oder vertragsmäßige Regelung, wenn sie im Einzelfalle für den Angestellten günstiger ist.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, daß der Gesetzentwurf einem früheren Stadium der Verhandlungen entstamme und vom Reichswirtschaftsrat einstimmig gebilligt worden sei. Die Reichsregierung sei zu allen Maßnahmen bereit, die geeignet seien, die Notlage der älteren Angestellten zu mildern. Die Ueberspannung dieser Maßnahmen könne aber leicht in das Gegenteil umschlagen und den älteren Angestellten Schaden. Die Gleichstellung der älteren Angestellten mit den Mitgliedern der Betriebsvertretungen sei nicht durchführbar, ebenso stehe es mit der Frage des Einstellungszwanges.

Abg. Aufhäuser (Soz.)

weist darauf hin, daß der Unterausschuss des Sozialpolitischen Ausschusses einstimmig zu den heute vorliegenden Beschlüssen gekommen sei, weil der heutige Zustand auf dem Stellenmarkt etwas ganz anormales darstelle.

Von den älteren Angestellten über 40 Jahre sind nahezu 30 Prozentlos.

Dieser Zustand ist nicht allein aus der allgemeinen Wirtschaftskrise zu erklären, auch nicht aus der Rationalisierung der Betriebe. Die Wirtschaftskrise wird in Wirklichkeit von den Unternehmern nur dazu benutzt, um einen Druck auf die Löhne und Gehälter auszuüben. Man baut die älteren Angestellten ab, denkt aber nicht daran, diesen Abbau auch bei den Direktoren und Prokuristen vorzunehmen. Bei der Firma Orenstein und Koppel, Berlin, ist seit Ende 1923 die Zahl der Angestellten von 1625 auf 700 herabgesetzt worden, also über 50 Prozent der Angestellten wurden entlassen. (Hört, hört! bei den Soz.) Dagegen sind bei dieser Firma die 16 Prokuristen heute noch genau so wie 1923 in Stellung.

Der Unterausschuss und der Vollausschuss sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß die von ihm gefaßten Beschlüsse für die Wirtschaft durchaus tragbar sind, und daß gegenüber dem rigorosen Vorgehen der Unternehmer ein gesetzliches Eingreifen notwendig ist. Die sozialdemokratische Fraktion kann die Bestimmungen des Entwurfs nicht für ausreichend ansehen, sie beantragt deshalb einige Änderungen, besonders in Bezug auf die Kündigungsfristen. Wir haben eine Reihe von Vorschlägen in unserem Antrage wiederholt, die im Unterausschuss angenommen worden sind. Wir verlangen in Verbindung damit aber auch einen Schutz für die erwerbslosen älteren Arbeiter, denn was für die Angestellten heute gesagt wird, das gilt für die älteren Arbeiter ebenso. (Jurus rechts: Sorgen Sie für Arbeit.) Sorgen Sie (nach rechts) dafür, daß eine vernünftige Wirtschaftspolitik getrieben wird, dann werden die Betriebe auch Arbeit und Abloß haben. Der Redner betont zum Schluß, daß die sozialdemokratische Fraktion im Herbst mit aller Energie daran gehen wird, auch für die erwerbslosen älteren Arbeiter einen erhöhten Schutz durchzusetzen.

Die Regierungsvorlage wird schließlich unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge und der Annahme einiger geringerer Verbesserungsvorschläge der Regierungsparteien angenommen. Darauf wird die Beratung über die

Einstellung des Personalabbaues und Änderung der Personalabbaurechtverordnung

bis zum Ende dieses Jahres beschließen. Ein Antrag der Völkischen zur Änderung der Verfassung, der die Verhinderung von Volksbegehren unmöglich machen soll, wird dem Rechtsausschuss überwiesen. Ein Antrag der völkischen Fraktion, wonach unter Änderung der Reichsverfassung der Staatsgerichtshof auch über Beschwerden von Einzelpersonen gegen Behörden entscheiden soll, wird abgelehnt. Auch ein sozialdemokratischer Änderungsantrag, wonach das Verbot oder die Auflösung einer Versammlung im Wege des Verwaltungsvollzugs angefochten werden kann, verfällt nach Begründung des Abg. Rosenfeld (Soz.) der Ablehnung.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Anwendung von Wirtschaftsabkommen.

Die Regierung wird dadurch ermächtigt, Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten bei dringendem wirtschaftlichen Bedürfnis vorläufig, jedoch höchstens für drei Monate, abzuschließen. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung angenommen. Weiter werden ohne Debatte in zweiter und dritter Beratung angenommen: Das Gesetz zur Aufhebung der bisherigen Anstellungsbedingungen der Schutzpolizei, ein Antrag auf Nachprüfung der Tarifpolitik der Reichsbahn, und der Antrag des Geschäftsordnungsausschusses, wonach die Genehmigung zur Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten Hedert, Hörnle, Koenen, Pfeiffer, Remele und Stoeder nicht erteilt wird. Um 7 1/2 Uhr wird die Sitzung geschlossen und eine neue Sitzung auf 8 Uhr abends anberaumt.

Der Kampf um die Zölle.

Präsident Löbe eröffnete die neue Sitzung um 8 1/4 Uhr mit der bebauerlichen Mitteilung, daß der Abgeordnete Schurig (Dem.) durch einen Straßenbahnunfall am Potsdamer Platz lebensgefährlich verletzt sei. Der Präsident knüpft daran den Wunsch, daß bald eine Genesung erfolgen möge.

Abg. Neubauer (Komm.) beschwert sich darüber, daß das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung nicht auf die Tagesordnung gesetzt sei, und beantragt, dies nachträglich zu tun.

Der Abg. Schulz-Bramberg (Dnat.) erhebt dagegen Widerspruch. (Auf bei den Kommunisten: Unerhörter Vorgang! Wir sollen mundtot gemacht werden. Böhm.) Infolge des Widerspruchs kann der Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des

Gesetzentwurfs über Zolländerungen.

Verbunden wird damit die dritte Beratung des deutsch-dänischen Vertrages und die zweite Lesung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, sowie die zweite Beratung der Vorlage betreffend vorübergehende Bewertung von Einfuhrscheinen.

Zum Geheh über Zolländerungen schlägt der Ausschuss vor, die Lebensmittelzölle vom 1. August an bis 31. Dezember dieses Jahres wie folgt festzusetzen: Roggen, Weizen und Spelz 5 M., Futtergerste 2 M., Hafer 5 M., Mais und Dattl 3,20 M., frisches Fleisch 21 M., Schweinefleisch 14 M., Schmalz und schmalzartige Fette 14 M.; außerdem soll für Fette zur Margarineherstellung ein Zoll von 1,25 M. erhoben werden.

Abg. Hörnle (Komm.) beantragt eine ganze Stunde Redezeit, statt der vorgesehenen halben Stunde. Das Haus beschließt eine halbstündige Redezeit.

Abg. Henke (Soz.):

In der hoffigen Erledigung dieser Zollvorlagen haben nur die Großgrundbesitzer ein Interesse, an dem wertvollsten Volke wird aber ein Attentat verübt. Das Zentrum tut so, als handle es sich mit dieser Zollerhöhung um ein Provisorium, das Zentrum will aber diese Belastung des Volkes. Wir haben im Ausschuss die

Fortsetzung der jetzigen Zollsätze bis zum Ende dieses Jahres beantragt.

der Antrag ist abgelehnt worden, wir bringen ihn deshalb jetzt von neuem ein. Die Demokraten waren früher gegen die hohen Lebensmittelzölle, jetzt machen sie diese Zollpolitik mit, und zwar

im Moment der höchsten Not des Volkes.

Die Ziffer der Arbeitslosen ist gestiegen und noch im Steigen. Sogar die Margarine soll verteuert werden. Daß der notleidenden Landwirtschaft geholfen werden müsse, haben wir seit Jahrzehnten gehört, aber die Großagrarier haben durch die Zölle Milliarden gemacht. Das Schlimmste ist die große Spanne zwischen dem Getreidezoll und dem Weizenzoll, sie bedeutet die ungeheuerliche Verteuerung des wichtigsten Lebensmittels, des Brotes, zugunsten der Großmühlen, die danach ihren Mehlpreis steigern können. Ich habe kein großes Zutrauen dazu, daß die Handelsverträge die Zölle noch herabsetzen. Es besteht eine Interessengemeinschaft zwischen Landwirtschaft und Mühlenindustrie. Die Futtermittelzölle, Gerstenzölle, Maiszölle verteuern die Viehhaltung der kleinen Bauern, nützen ihm also nichts. Die Schweinefleisch wird zurückgehen, das bedeutet wieder einen Verlust an Dungstoff. Die Futtermittelzölle belasten auch die Milchwirtschaft. Gegen die Erhöhung des Gerstenzolles hat sich der Reichsausschuss der demokratischen Partei erklärt. Die Margarine, deren Verbrauch pro Kopf 12,5 Pf. beträgt, wird der ärmeren Bevölkerung verteuert; die anderen essen keine Margarine. Die kapitalträchtigen Getreidemühlen wollen sich schützen gegen die Konkurrenz der ausländischen Fette. Die Zunahme des Verbrauchs von Geflügelfleisch beweist, daß das frische Fleisch dem Volke zu teuer ist. Die Regierung verflucht sich mit dieser Zollpolitik am deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft. Die Frauen der Arbeiter sauzen unter den teuren Preisen, und dabei sind 17 Proz. der Bevölkerung noch arbeitslos. Die kranken Kinder werden aus den Krankenhäusern nicht abgeholt, weil sie da besser versorgt sind, als es im Hause möglich ist. Als Weis heute von der Empörung über die Züfstenabfindung sprach, lachte das Haus.

Das Lachen wird Ihnen vergehen, wenn sie die Folgen dieser Zollpolitik sehen werden.

Und der endgültige Zolltarif, der noch bevorsteht, wird noch ganz anders aussehen. Wir werden nicht aufhören, dagegen zu kämpfen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Koenen (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, sie hätten durch die Anträge, die sie im Wirtschaftspolitischen Ausschuss gestellt haben, großagrarische Interessen vertreten. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schlag (Ztr.) verteidigt den Hochschutzzoll mit dem Hinweis auf das gleiche Vorgehen des Auslands.

Abg. v. Althoffen (Dem.) erklärt, seine Partei sei nur bestrebt gewesen, den Schaden, der mit dem deutsch-schwedischen Vertrag angerichtet werde, zu beschränken.

Nach weiteren Reden der Abg. Tremmel (Ztr.) und Graefe (Soz.) wird der

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Die Pressevertreter beim ADB.

Wohl zum erstenmal seit dem Bestehen der freien Gewerkschaften hat der ADB, die Vertreter der Presse zu einer Konferenz am Freitag nachmittag eingeladen. Der Anlaß dazu ist denn auch zwingend. Geht es doch jetzt um die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, um die wirtschafts- und staatspolitischen Auswirkungen der chronischen Krise noch rechtzeitig zu begegnen und die Not der Erwerbslosen nach besten Kräften zu mildern.

Gesamte Spiliedt rollte den ganzen Fragenkomplex an Hand des vom ADB zusammengestellten Materials noch einmal auf. Die rasch steigende organisatorische und technische Rationalisierung der Produktion legt weitere Arbeitskräfte lahm. Durch Abwanderung der Industrie wird

das Wirtschaftslieben ganzer Industriebezirke

vorab Rheinland-Westfalens, brach gelegt. Die Gewerkschaften müssen mit allen Mitteln an der Hebung der Kaufkraft, der Konsumtionsfähigkeit der breiten Masse arbeiten, der Lohnfrage gerade jetzt ihre besondere Aufmerksamkeit widmen. Wenn irgendwo die angeblichen Voraussetzungen für eine verbilligte Produktion von der Arbeiterschaft geschaffen wurden, so in der Textilindustrie, in der die Arbeitszeit auf 9 1/2 und 10 Stunden verlängert und die Löhne aufs äußerste herabgedrückt wurden. Doch trotz dieser erzwungenen Vorleistung der Arbeiter hat gerade diese Industrie die größte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit aufzuweisen. Vohnerhöhungen sind heute mehr denn je eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

Weiter aber gilt es, den Opfern der Arbeitslosigkeit zu helfen, ihnen Arbeit zu verschaffen oder aber sie ausreichend zu unterstützen. Die Tabelle der Unterstützungssätze in den einzelnen Wirtschaftsgebieten und Ortsklassen zeigt, daß von zu hoher Unterstützung keine Rede sein kann. Wenn die Spitzenleistung für linderreiche Familien in dem Wirtschaftsbezirk III (Westen) mit einem besonders niedrigen Lohn im Vergleich gestellt wird, dann belagt dies nichts gegen die Höhe der Unterstützung, alles aber gegen solche Löhne. Der ledige über 21 Jahre alte Arbeiter erhält im günstigen Falle 9,90 M. wöchentlich, wozu er allein 4,50 bis 5 M. an Miete zu zahlen hat. Zum Lebensunterhalt bleiben ihm 5 bis 6 M. die ganze Woche.

Eine ausreichende Unterstützung

ist notwendig. Die starke Fluktuation unter den Erwerbslosen zeigt, daß die Behauptung unberechtigt ist, die Unterstützung töte den Arbeitswillen. Die Unterstützungssätze von

Gesetzentwurf der bürgerlichen Parteien über Abänderung des Zollgesetzes vom 17. August 1925 in zweiter Lesung angenommen. Der sozialdemokratische Antrag auf Fortdauer der ermäßigten Zölle wird abgelehnt. Für ihn stimmen auch die drei Demokraten Lemmer, Schneider und Ziegler.

Der Handelsvertrag mit Dänemark wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Gegen den deutsch-schwedischen Vertrag stimmen auch die Sozialdemokraten.

Bei der Einzelberatung wendet sich Abg. Wiffell (Soz.) gegen Koenen. Er stellt unter allgemeiner Heiterkeit fest, daß jene sozialdemokratischen Anträge, die nach Koenen großagrarischen Interessen dienen sollen, im Ausschuss auch von den drei Kommunisten, darunter dem Fraktionsvorsitzenden Stoeder, angenommen wären. Koenen habe also Stoeder eine klatschende Ohrfeige versetzt.

Die namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Herabsetzung der Zollsätze im Schwedenvertrag ergibt Ablehnung mit 271 gegen 135 Stimmen.

Nach der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wird der schwedische Handelsvertrag in der Ausschussfassung mit den erhöhten autonomen Lebensmittelzöllen bis zum 31. Dezember 1926 in zweiter Lesung angenommen.

In der dritten Lesung polemisiert zunächst Abg. Koenen gegen die Sozialdemokratie, die den Grundgedanken der Zollfreiheit nicht mehr vertritt, da doch Hilferding von der Notwendigkeit von Kompromissen gesprochen habe.

Ihm entgegen Genosse Wiffell, daß es sich hier nicht um die Frage: Zollpolitik oder Freihandel drehe, sondern nur darum, angesichts des schwedischen Handelsvertrages die ermäßigten Lebensmittelzölle weiter bestehen zu lassen. In seinem Wahlkreis heiße der Abgeordnete Koenen „der blecherne Heiland“. (Stürmische Heiterkeit.) Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkischen werden die neuen vom Ausschuss vorgeschlagenen Zollsätze angenommen, ebenso gelangen sowohl zum schwedischen wie auch zum dänischen Verträge besondere Entschlüsse des Ausschusses zur Annahme.

Erledigung des Nachtragsetats.

Bei Beratung eines Nachtragsetats verliest Florin (Komm.) unter stürmischer Unruhe des Hauses — es ist bereits 1/2 12 Uhr nachts geworden — einen Aufruf der A.D. Zentrale zur politischen Situation. Er fordert die sozialdemokratischen Arbeiter auf, zur A.D. zu kommen, morauz ironische Braurufe und stürmisches Gelächter der Sozialdemokraten antwortet.

Nach Florin beginnt der Kommunist Tiedt eine neue Rede. Die Unruhe steigert sich. Präsident Löbe stellt fest, daß Tiedt zu einem Titel spricht, der gar nicht zur Beratung steht. Tiedt sieht sein Versehen ein und zieht unter Gelächter ab.

Nun beantragt der greise Volksparteiler Kahl in sichtlich erregung, daß die Rede Florins nicht in das stenographische Protokoll aufgenommen werden solle. Präsident Löbe läßt diesen selbstigen Antrag trotz seiner Präsidialgewalt nicht zu und damit ist auch dieser Zwischenfall erledigt.

Das Haus beschließt nach dem Bericht des Berichterstatters Steinlopp (Soz.) die Zurückweisung von Einsprüchen des Reichsrats gegen einzelne Personalstellen und nimmt den Nachtragsetat an.

Nun beginnt gegen Mitternacht der Kommunist Hedert die Begründung eines kommunistischen Antrags zur

produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Bei seinen Ausführungen entsteht eine lebhaft Unruhe, zumal er Regierung und Parlament mit den schärfsten Ausdrücken angreift und u. a. behauptet, daß die Regierung den Arbeitern Millionen stehle. Vom Präsidenten deshalb zur Ordnung gerufen, erklärt Hedert, er spreche im Namen der Arbeiter so wie in Arbeiterversammlungen und so, wie es die Arbeiter haben wollten.

Präsident Löbe erwidert, die Arbeiter wünschen, daß man sich in anständigen Formen ausdrücke. (Stürmisches Geheerichtig! und Heiterkeit.)

über 100 Millionen ist gewiß schwer, allein sie muß getragen werden. Notwendige Ersparungen müssen an anderen Stellen im Etat gepackt werden. Wie ein großer Teil der Arbeitslosen in Arbeit zu bringen ist, das ist im Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgezeigt. Eine Reihe von Arbeiten, die an sich keinen Aufschub dulden, sollten nicht länger aufgeschoben werden. Zumal in den nächsten drei, vier Jahren infolge des Geburtenausfalls während der Kriegszeit weniger Arbeitskräfte verfügbar sind, besonders dann, wenn die Konjunktur sich bis dahin gehoben hat. Auch weniger dringliche notwendige Arbeiten sollten deshalb vernachlässigt werden. Die Inangriffnahme dieser Arbeiten ist zunächst eine Frage der Finanzierung. Können die Mittel im Inlande nicht aufgebracht werden, müsse zu Auslandsanleihen gegriffen werden. Geschlecht das nicht, bleibt das Programm des Reichstags auf dem Papier. Vorab müßten Staatsarbeiten in die arbeitsarme Zeit gelegt werden. Doch hier bildet der Inflationssog ein schier unüberwindliches Hindernis. Es gibt im ganzen Reich, auch nicht in Preußen, eine Behörde, der die Landstraßen unterstehen. Ihre Unterhaltung ist Sache der Provinzen. Nur in Westfalen und Bayern geschieht dazu etwas, im übrigen scheitert alles an den Instanzen. Bei einem Hausbau aus Mitteln der Mietzinssteuer treten 17 Behörden in Aktion. Ein Skeptiker behauptet, es seien 27 Behörden. Die Durchführung der Notstandsarbeiten erfordert die

Einführung einer Sonderinstanz.

die selbständig arbeiten kann. Bei der Rationalisierung darf der Behördenapparat nicht vergessen werden, er bedarf dringend einer gründlichen Rationalisierung. Die Zukunft ist außerordentlich bedenklich. Mit Recht ist es als ein Wunder geradezu bezeichnet worden, daß wir bisher trotz der Millionen Erwerbslosen vor schweren staatspolitischen Erschütterungen bewahrt blieben. Bis zum 15. Juni sind 300 000 Arbeitslose länger als 26 Wochen unterstützt worden. Im Winter werden es eine halbe Million Menschen sein, die ein ganzes halbes Jahr ohne Arbeit sind. Deutschland stand vielleicht noch nie vor einer so schwierigen Periode wie gegenwärtig. Eine endgültige Lösung des Problems ist nur auf dem Wege der Wirtschaft möglich. Die Relation zwischen Ware und Kaufkraft muß gebessert werden. Deshalb müssen die Gewerkschaften sich auch gegen die Zölle und gegen Mietsteigerungen wenden.

Aufgabe der Presse muß es sein, für die Situation des rechten Verständnis zu wachen und die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms zu unterstützen.

Vertagung bis zum November.

Nach Erledigung der Tagesordnung schlägt Präsident Löbe entsprechend dem Beschluß des Vorkommensausschusses vor, die nächste Sitzung am 3. November abzuhalten.

Stoeder (Komm.) beantragt, die nächste Sitzung am 3. Juli abzuhalten. Tagesordnung: Kommunistisches Mißtrauensvotum. Dafür stimmen nur die Kommunisten. Es bleibt beim Vorschlag des Präsidenten.

Schluß der Sitzung 12 Uhr nachts.

Eine demokratische Erklärung.

Die Deutsche Demokratische Partei erläßt folgende Kundgebung, an deren Schluß es heißt:

Die Sozialdemokratische und die Deutschnationale Fraktion haben das Zustandekommen des Gesetzes verhindert und damit die Interessen des deutschen Volkes schwer geschädigt. Ihre Schuld ist es, wenn nach Ablauf des Sperrgesetzes, das nicht ewig verlängert werden kann, die Gerichte über Fragen zu entscheiden haben, die nicht zielführend, sondern nur staatspolitisch geregelt werden können. Ihre Schuld ist es, wenn jetzt der leidenschaftliche Kampf im deutschen Volke weitergeführt wird. — Keine Reichstagsauflösung vermag zwei Drittel des deutschen Volkes auf eine radikale Lösung, wie sie die Sozialdemokratie wünscht, zu vereinen. Der Kampf wird nicht um der Sache, sondern um der Agitation willen weitergeführt.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die über die preussische Landtagsfraktion und über die Kinderheit der Reichstagsfraktion den Sieg davongetragen hat, hat auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der verfassungstreuen Parteien keinerlei Rücksicht genommen. Sie trägt die Verantwortung dafür, wenn heute in den Kreisen der unentwegten Rechtsparteien Jubel und Genugtuung herrscht. Sie trägt die Verantwortung auch dafür, wenn der Glaube an die Leistungsfähigkeit des Parlamentarismus erschüttert wird, und wenn sich heute die Kluft zwischen der Sozialdemokratie und den anderen republikanischen Parteien zu vertiefen droht.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei.

Romanones begründet die Bewegung.

„Die Armee darf nicht regieren.“

Paris, 2. Juli. (WZB.) Der ehemalige spanische Ministerpräsident Graf Romanones, der sich in Hendaye aufhält, hat einem Privatkorrespondenten des „Quotidien“ erklärt, die Bewegung, die in Spanien festzustellen sei, habe weder kommunistischen, noch anarchistischen, noch im besonderen proletarischen Charakter. Sie sei im wesentlichen eine militärische Bewegung, ein Eingreifen des Heeres, um Spanien seine Verfassung und das freie Parlament wiederzugeben, das allein die Zukunft der Nation sicherstellen könne. Nach seiner Ansicht müsse die Armee dienen, nicht aber regieren, sie müsse gehorchen, nicht aber befehlen. Wenn die Armee regiere, bedeute das das Ende der Disziplin, die gerade das Wesentliche beim Heere ausmache. Hunderte von Offizieren seien bereit gewesen, General Aguilera zu unterstützen, sie seien ebenso wie Aguilera selbst verhaftet worden. Gegen Graf Romanones selbst ist entgegen einer gestern verbreiteten Meldung kein Haftbefehl erlassen worden.

Frumin gegen Churchill.

„Kein Sowjetwechsel bisher protestiert.“

Moskau, 2. Juli. (WZB.) Der Vertreter des Volkskommissars für Außenhandel, Frumin, protestiert gegen die Warnung Churchills an die englischen Unternehmer, sich in enge Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland einzulassen. Im Handel zwischen England und Rußland sei bisher kein einziger Sowjetwechsel protestiert und jede Verpflichtung der Sowjets erfüllt worden. Die von Churchill neu eingeleitete Intervention werde nicht erfolgreicher sein wie die früheren militärischen Interventionen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Bergarbeiter tagen.

Generalversammlung in Saarbrücken.

Am Sonntag nachmittag treten die Abgeordneten der freigeberkchaftlich organisierten Bergarbeiter zur 25. Generalversammlung in der Südwestecke Deutschlands zusammen, auf historischem Boden unter den Augen der französischen Kommissare. In doppeltem Sinne. Das Saarland, das preussische und rheinpfälzische Kohlengebiet ist zwar nach wie vor deutsches Gebiet, jetzt aber vom Deutschen Reich getrennt. Es ist das Land, das der älteren Arbeiterchaft als

das Königreich Stumm

bekannt ist, wo der Privatkapitalismus sein „patriarchalisches“ Regiment führte, der Arbeitgeber darüber bestimmte, ob und wann seine Arbeiter sich verheiraten dürfen. Das Gebiet, in dem um die Jahrhundertwende ein Hügel die Saarkohlengruben als Landoogt beherrschte, jede Regung gewerkschaftlichen Lebens brutal unterdrückte und die sich rühenden Bergleute mit der Hungerpeitsche verfolgte. Mehr als 2000 Bergleute wurden in den vier Jahren von 1889 bis 1893 gemordet. Bis zum Jahre 1912 waren erst 1000 von 50 000 Saarbergleuten organisiert. Es war ein harter opferreicher Kampf, den die Saarbergleute zu führen hatten, bis ihre Organisation festen Boden gewann, bis sie sich die Waffe geschmiedet hatten zum Kampf um ihre wirtschaftliche Lage. Daß sie gelernt haben, diese Waffe zu gebrauchen, haben sie in dem mustergültigen drei Monate langen Streik gegen ihre französischen Arbeitgeber im Frühjahr 1923 bewiesen.

Seit Januar 1920 sind sämtliche Saargruben im Besitz des französischen Staates. Der preussische Staat kann sie im Jahre 1935 wieder zurückkaufen, wenn dann die Volksabstimmung ergibt, was nie zweifelhaft war, heute weniger denn je, daß die Saarbevölkerung deutsch bleiben will.

Unter der Wirtschaftskrise mit ihrem Abbau haben die Bergarbeiter besonders zu leiden. Der Verbandstag wird sich deshalb insbesondere mit Maßnahmen befassen müssen, die geeignet sind, die Schäden für die Bergarbeiter zu mildern.

Der Bergarbeiterschuß

Ist ein Kapitel, das auf der Tagesordnung nicht mehr neu, doch im vollsten Sinne des Wortes für die Bergarbeiter lebenswichtig ist. In einer dem Verbandstage gewidmeten Sonderausgabe der „Bergarbeiter-Zeitung“ wird die bedeutsame Tagung im Saargebiet allseitig gewürdigt. Der heutige Stand der Organisation auch an der Saar zeigt uns, daß die Opfer für die „reformistische“ Gewerkschaftsarbeit, die in nahezu vier Jahrzehnten gebracht werden mußten, nicht vergeblich waren.

Glückauf! zur Generalversammlung.

Andreas Bode tot.

Ein alter, mackiger Kämpfer ist mit Andreas Bode aus dem Leben geschieden. Am 4. Februar 1852 zu Wierstedt in Anhalt geboren, mußte er bereits in frühesten Jugend mitverdienen. In den achtziger Jahren kam er nach Braunschweig als Handelsreisender und schloß sich 1890 dem damaligen Zentralverband der Handels-, Transportarbeiter und Arbeiterinnen an. Bei der Gründung der Verwaltungsstelle Braunschweig wurde er zum 1. Vorsitzenden gewählt. In dieser Eigenschaft zog er sich aber sehr bald den Haß der Arbeitgeber zu, so daß sein Arbeitgeber, von den übrigen scharfgemacht, ihn nach dreizehnjähriger

Tätigkeit fristlos entließ. Eine andere Arbeit in Braunschweig zu erlangen, erwies sich für ihn als unmöglich, so daß der Gemahregelte sich gezwungen sah, mit Frau und Kindern sich in Berlin eine neue Lebensexistenz zu schaffen. Auch hier stellte sich Andreas Bode sofort in die Reihen der kämpfenden Handels- und Transportarbeiter. Insbesondere hat er sich seit 1902 ein bleibendes Verdienst um die Organisation seiner Berufskollegen im Organisationsbezirk Oberschöneweide erworben.

Im Jahre 1906 wurde er vom Deutschen Verkehrsband in die Bezirksverwaltung Groß-Berlin als Verbandsangestellter berufen, in welcher Stellung er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1924 tätig war. Auch nach seiner Pensionierung stellte sich Bode für die organisatorische Kleinarbeit zur Verfügung.

Aber auch in der politischen Arbeiterbewegung war der Verstorbene ein fleißiger und vorwärts strebender Genosse. Die gewerkschaftlich und politisch tätige Arbeiterchaft wird Andreas Bode ein dauerndes Andenken bewahren.

Die Generalversammlung der Holzarbeiter. Abfuhr der „Opposition“.

Die Berliner Holzarbeiter hielten am 25. Juni im Klubhaus, Ohmstraße 2, ihre Vierteljahrs-Generalversammlung ab. Aus dem vom Bevollmächtigten Freigang gegebenen Geschäfts- und Kasienbericht für das erste Quartal ging hervor, daß der Arbeitsmarkt sich noch weiter verschlechterte und die Arbeitslosenziffer demzufolge von Anfang Januar bis zum 23. Juni von 10 659 auf 16 462 gestiegen ist. Im Gegensatz dazu ist die Arbeitslosenziffer der Holzarbeiter im Reich, in der Berlin einbezogen ist, von Februar bis Mai von 32,7 Proz. auf 28,9 Proz. gesunken. Lediglich diese Tatsachen und ein in den Mitteilungen der Verwaltung wiedergegebener, der „Gewerkschaftszeitung“ entnommener Artikel: „Kann die Wirtschaftskrise chronisch werden?“ gaben scheinbar den Kommunisten Veranlassung, ihre „Mehrgemeinten“ Vorschläge an den Mann zu bringen. Der Massenstreik soll wieder einmal das Allheilmittel sein, mit dem man die jetzige Krise schnell überwinden kann. Neue Wege, die aus dem Chaos herausführen sollen, wollten sie von der Verwaltung aufgezeigt wissen, um hinterher diese als dreifachen Verrat bezeichnen zu können. Die Kommunisten suchten Agitationsstoff. Die Anforderung an sie, konkrete Vorschläge zu machen, beantworteten sie mit dem nichtsagenden Hinweis, daß diese ja bekannt seien. Der Verbandstagabgeordnete Pleck fühlte sich dieses Mal verpflichtet, den Käufer im Streite machen zu müssen. Nachdem er den oben zitierten Artikel nur flüchtig überflogen haben konnte, bezeichnete er ihn nach seiner Auffassung als abwegig und irreführend. Eine von ihm eingereichte und begründete Resolution zur Fürstenabfindung sollte den Clou des Abends bilden.

In recht eindrucksvoller Weise wurde dieser sogenannten Opposition die wohlverdiente Antwort von den Sprechern der Antidemokratischen Richtung gegeben. Nur verantwortungslose Stimmungsmacherei war bisher die Triebfeder aller von ihnen in die Arbeiterbewegung und Volksmassen hineingeworfenen Parolen. Ganz absurd ist es, die unorganisierten Erwerbslosen der Organisation zuzuführen zu wollen, die nicht dafür gewonnen werden können, solange sie am Arbeitsplatz gestanden haben. Wie bisher von den Kommunisten aufgebaut und organisiert worden ist, zeigen die Ergebnisse unter den Ransfelder Bergarbeitern, im Unna-Wert und im Ruhrgebiet. Feigheit und Furcht vor der Verantwortung ist es auch gewesen, daß die kommunistische Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung den von ihr mitgeschaffenen Etat abgelehnt hat.

Wie die Versammlung eingestellt war, ergab die Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Einstimmig angenommen wurden die beiden ersten Absätze einer eingebrachten Resolution, die das Verhalten der Reichstagsmehrheit gegenüber dem Volkentscheid mißbilligt, die sofortige Auflösung des Reichstages und die Ausschreibung

von Neuwahlen verlangt, und den Rücktritt der Regierung und des Reichspräsidenten fordert. Dazu wurde ein Zusatzantrag mit Mehrheit angenommen:

„Die Generalversammlung begrüßt das Verhalten der SPD-Fraktion im Reichstage, deren Mitarbeit geeignet ist, die Ansprüche der Fürsten zu mindern. Sie erwartet weiter, daß die SPD-Fraktion ebenso arbeitet, da nur dadurch die leider durch den Ausgang des Volkentscheidens notwendig gewordene Regelung durch das Parlament für das werktätige Volk möglichst günstig beeinflusst werden kann.“

Der übrige Teil der Resolution, der eine Warnung an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sein sollte und weiter verlangt, daß die Belegschaften der größeren Betriebe sofort Delegationen zum Reichstag entsenden und vom ADGB fordert, daß zu Massenabstimmungen aufgerufen wird, wurde bei Stimmgittelabstimmung mit Mehrheit abgelehnt. Der Ablehnung verfiel auch ein kommunistischer Antrag, der vom Ortsausschuß des ADGB, die Zusammenberufung einer Konferenz aller Erwerbslosenausschüsse und Betriebsräte der Großbetriebe forderte. Auch die übrigen von der SPD. eingereichten Anträge wurden abgelehnt.

Die Feierschichten hören auf.

Bochum, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Infolge der verbesserten Abfahrmöglichkeiten im Ruhrbergbau sind in der vergangenen Woche zum erstenmal seit Beginn der Kohlenabfahrtsfreie keine Feierschichten zu verzeichnen. Die Feierschichten hatten in der Woche vom 21. bis 27. März mit 290 000 eine Rekordziffer erreicht. Außer den Arbeiter-Neueinstellungen bei den Thullen-Rechen in Hamborn sowie bei den Zechen Hardenberg und Minister Stein im Dortmunder Revier sind in den letzten Tagen Arbeiterneueinstellungen bei den Klöcker-Konzern geblieben. Zechen Viktor und Idern erfolgt.

Keine Veränderung der Streiklage in England.

Der Generalsekretär der Bergarbeiter-Internationale, Frank Hodges, traf am Freitag, im Flugzeug von London kommend, in Köln ein, um sich zur Teilnahme an der Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter nach Saarbrücken zu begeben. In einer Unterredung machte Hodges bemerkenswerte Ausführungen über die Streiklage Englands. Auf die Frage nach der voraussichtlichen Dauer des Streiks antwortete Hodges: „Alle Berichte, nach denen der Abbruch des Streikes bevorsteht, sind entweder bewusste Falschmeldungen oder sie beruhen auf Verkenntnis der Tatsachen. Gewiß hat die letzte Erklärung des englischen Ministerpräsidenten im Unterhause gewisse Aussichten für neue Verhandlungen eröffnet, aber bisher hat die Streiklage keinerlei Veränderung erfahren. Jedenfalls ist noch keine Beschlusfassung der Bergarbeiterführer zu der Anregung Baldwins erfolgt. Voraussichtlich werden in den nächsten Tagen neue Besprechungen zwischen Baldwin und den Bergarbeiterführern aufgenommen werden. Gegenwärtig ist aber das Ende des Streikes noch nicht abzusehen. Die englische Bergarbeiterchaft, deren Kampfesmut und gewerkschaftliche Disziplin trotz aller Entbehrungen ungebrochen ist, ist fest entschlossen, den Kampf um ihre berechtigten Forderungen fortzusetzen. Nach meiner Ansicht ist kaum früher als in etwa 14 Tagen eine Änderung der Lage zu erwarten.“

Zimmerer. Seite. Sonnabend, 7 Uhr: Bezirk 23 Teltow bei Rupp. Gebiet Steinweg 12. Bezirk 44 Demmlersdorf bei Archen. Berliner Str. 43. Bezirk 44 Demmlersdorf bei Kollisch. am Bahnhof. Mitgliederversammlung. Bericht vom 24. Verbandstag. Verbandsamtsrat, organisiert für selbsten. Verbandsrat.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Osterhaus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Chloas; Redaktion: Dr. John Schlawatz; Sekretär und Kassierer: Fritz Kerschmidt; Kassierer: Ed. Glade; sämtlich in Berlin. Berlin: Hornbros-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Hornbros-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Wolf, Blunze u. Co., Berlin. 250 000 Exemplare. 2. Heft 2. Seiten und „Unterhaltung und Wissen“.

SAISON-AUSVERKAUF

Beginn 1. Juli

in fast allen Abteilungen

Mengenabgabe vorbehalten

Bis zur **HÄLFTE** herabgesetzt sind die Preise vieler Waren in den bekannt guten Qualitäten

Damen-Wäsche

Grosse Posten Hemdhosen 2⁴⁵
aus farbigem Batist, mit Spitzen reich garniert

Grosse Posten Nachthemden 3⁹⁰
aus farbigem Batist, in schöner Ausführung

Hüfthalter aus gutem Dreil, oben Gummi, in verschiedenen Farben, 2 Halter 1⁴⁵

Büstenhalter aus gutem, knausteidenen Trikot 75 Pf.

Grosse Posten Frottierhandtücher 95 Pf.

Grosse Posten Frottierstoffe 6⁹⁰
Jacquardmuster, ca. 100 cm breit, früher bis 9,75, jetzt

Damen - Bekleidung

Kleid in Baumwollmusselin 1⁹⁰
hübsche Muster

Frauenkleid mit langen Ärmeln neueste Muster 3⁹⁰

Bordürenkleid in Bast imitiert, grosse Farbauswahl 6⁷⁵

Vollvoilekleid Blumenmuster 12⁵⁰

Ein Posten Serie I Serie II Serie III Serie IV
Jumper 3⁶⁰ 4⁹⁰ 5⁹⁰ 6⁹⁰
Vollwolle, mit lange Ärmel

Ein Posten reinseidener Bastjumper Serie I Serie II 6⁷⁵ 9⁵⁰

Trikotagen

Schlüpfer Baumwolle, 58 Pf.
fein gewirkt, hellfarbig

Herren-Garnituren Jacke und Beinkleid, 3⁴⁵
Baumwolle, fein gewirkt, farbig, in allen Größen

Ein Posten Trikotagen Mako färbt, in allen Gr.

Herren-Jacken 1⁴⁵ Herren-Hosen 1⁶⁵ Herren-Hemden 1⁹⁵

Badetrikots 95 Pf.
für Knaben und Mädchen

Badetrikots 1²⁵
für Damen und Herren

HERMANN TIETZ

Sonntägliche Wanderziele.

In die Dubrow.

Am das schöne Waldgebiet der Dubrow zu durchwandern, fahren wir vom Görlitzer Bahnhof oder von der Stadtbahn (in Nieder- Schönweide umsteigen) nach Königsmusterhausen. Der Ort stammt wohl schon aus wendischer Zeit. Der älteste Teil ist die von zwei Rottarmen umflossene Insel, auf der eine wendische Burg lag, wahrscheinlich an der Stelle des heutigen Schlosses. Der wendische Bestandteil im Namen des Orts (Wustrow = Insel) deutet gleichfalls auf die Lage des Ortes hin. Vom Bahnhof Königsmusterhausen wandern wir südöstlich in den Tiergarten, ein prächtiges Wäldchen mit altem Laubholzbestand. Ueber die Spulbrücke und am Krimmichsee vorüber kommen wir nach Senzig. Von hier wenden wir uns südlich durch die Senziger und Gräbendorfer Heide nach Gräbendorf. Diese Wanderung zeigt uns recht auffällig das Eintönige und Trostlose der märkischen Bauernheide. Die abgefallenen Nadeln werden herausgeharkt, um als Streu zu dienen, so daß der Boden der natürlichen Erneuerungsquelle des Nährstoffbedarfs der Pflanzen beraubt wird. Die Kiefern zeigen denn auch ein dürftiges Wachstum, und Bodenpflanzen sowie Unterholz fehlen gänzlich. Wir verlassen Gräbendorf auf dem südlich von der Kirche hinausführenden Wege. Nach einer Viertelstunde, an der Beggabelung, wenden wir uns links. Bald haben wir die Dubrow erreicht. Wir kommen zum Forsthaus Dubrow. Südlich davon erstreckt sich der Förstersee, ein langgestreckter, schmaler, nahezu völlig verschillter Kinnensee. Vom Forsthaus wandern wir etwa 10 Minuten auf der Straße nach Brerossbrück, dann biegen wir halbrechts ab und kommen auf den Geseleweg zwischen den Jagen 114/99, dem wir folgen. Der Kiefernwald ist in Eichenwald übergegangen; stattliche Eichen von weitausladendem, sparrigem Wuchs stehen hier.

Die Reiherhorste.

Im Jagen 98 liegen die Reiherhorste. Wir bemerken diese recht seltenen gefiederten Bewohner der Mark Brandenburg schon von weitem. Die Eichen, auf denen sie horsten, sind abgestorben; lebhaftes Geträusch und Geschrei ertönt in der Luft. Zur jetzigen Zeit sind die Jungen noch im Horst. Sie lassen sich gut beobachten, weil die Horstbäume unbelaubt sind. Die Reiher nähren sich nicht von Fischen allein; auch anderes Getier, was am und im Wasser lebt, wird ihre Beute. Wenn wir uns dem Seerand behutsam nähern, können wir vielleicht Reiher auf der Lauer beobachten. Die hier horstenden Reiher sind Fischreiher. Ein wenig auffallendes, düstergraues Gefieder tragen sie, das nur am Hals und an den Schwingen von schwarzen Streifen abgesetzt wird. Den Kopf der alten Männchen zieren drei stattliche schwarze Schopffedern. Ihr Leib ist dürr und schwächlich, Hals und Beine sind lang. Die Reiher haben ein außerordentlich gutes Gesicht und Gehör, wodurch sie ihre Beute und auch Gefahren sehr leicht mittlern. Durch ihre schier unerlässliche Eier- und Gebräutigkeitsfügen sie dem Fischbestande in ihren Jagdgebieten einen nicht unbeträchtlichen Schaden zu. Die Reiher gehen auch über das Gelege und die Brut der auf dem Boden nistenden Sumpf- und Wasservögel her und verspeisen auch Frösche, Weichtiere, Schlangen, Kröten, sogar Ratten hat man in Reihermagen gefunden. Die sprichwörtlich scharfen Ausscheidungen der Reiher lassen den Pflanzenwuchs in der Nähe der Horstbäume nicht aufkommen; der Boden sieht wie mit Kalk bespritzt aus. Auch die Horstbäume selbst sterben im Laufe der Zeit durch die vernichtende Düngung ab, so daß die Reiherhorste sich fast stets in den Wipfeln toter Bäume befinden. Die Anzahl der Reiherhorste ist in den letzten Jahren arg zurückgegangen. Hoffentlich bleiben jedoch die in der Mark nur noch selten vorkommenden Reiher von der völligen Ausrottung verschont. Die märkische Wasserlandchaft würde sonst um ein eigenartiges Bild ärmer werden. Schon seit dem grauen Altertum bilden die Reiher den Gegenstand einer besonderen Jagdart, der sogenannten Reiherbeize. Mit besonders abgerichteten Falken wurden sie gejagt. Die Jäger oder Jägerinnen trugen den Falken auf der lederbehandelten Faust und ließen ihn auf den Reiher los. Zwischen den Reichern entspann

sich zunächst ein Wettkampf um die Erreichung der größten Höhe, worin der Falke meist immer Sieger blieb. Von oben stieß er dann auf den Reiher herab und brachte ihn zu Boden. Kam der Reiher bei diesem Kaps mit dem Leben davon, so legte man ihm häufig einen Ring um das Bein, der den Namen des Falkenbesitzers sowie den Ort und den Tag des Fanges trug und gab ihm dann wieder die Freiheit. Mit dem Ende des 18. Jahrhunderts kam die Reiherbeize in Europa aus der Mode; im Morgenland, in Indien, Persien und Arabien wird sie jedoch wohl auch heute noch eifrig betrieben. Die Dubrow war von jeder das Jagdgebiet der brandenburgischen Kurfürsten und preussischen Könige.

Nach Klein-Köris.

Von den Reiherhorsten wandern wir am Schmöldesee und am Hölzernen See gen West zum Süden des Förstersees. Hier überschreiten wir das Verbindungsfließ zwischen diesem See und dem Hölzernen See und wandern nun gen Süd möglichst nahe am See zur Chaussee. Auf der schmalen Landenge zwischen dem Hölzernen



Die Reiher der Dubrow.

See (links) und dem Klein-Köriser See (rechts) führt die Chaussee zum Forsthaus Neubrück. Auch diese beiden Seen sind durch ein Fließ verbunden; sie bilden einen Teil der Wasserstraße nach Teupitz. Beim Forsthaus wenden wir uns rechts ab. Wir wandern dicht am Klein-Köriser See entlang nach Klein-Köris. Von hier folgen wir der Chaussee nach Südwest zum Bahnhof Teupitz-Groß-Köris der Görlitzer Bahn, von dem aus wir die Rückfahrt antreten. Weglänge etwa 26 Kilometer. — Die Erlaubnis vom Betreten der Dubrow ist vorher bei der zuständigen Oberförsterei Königsmusterhausen, Markt 6, einzuholen (Postkarte mit Rückantwort).

Ausbau der Berliner Wasserversorgung.

Während der Betrieb der das Grundwasser liefernden Tiefbrunnen, von denen die städtischen Wasserwerke nahezu an 900 besitzend, und auch der Betrieb der Filteranlagen eine über die vierundzwanzig Stunden des Tages möglichst gleichmäßig verteilte Beanspruchung erfordern, ist die Abgabe des Wassers an die Verbraucher durch die verschiedenen Tageszeiten eine sehr ungleichmäßige. Zum Ausgleich dieser Schwankungen sind die Zwischenpumpwerke in Lichtenberg und in Westend mit großen Wasserspeicheranlagen erbaut worden; die Behälter in Lichtenberg haben beispielsweise einen Inhalt von 100 000 Kubikmetern, in die die Werke Müggelsee und Wuhlheide stündlich die gleiche Menge hineinfördern, während die Maschinen des Werkes Lichtenberg das Wasser unregelmäßig entsprechend dem Verbrauch in der Stadt an diese abgeben. Nachdem das Werk Tegel, welches Wasser an Westend abgab, durch die Ausdehnung der Stadt dieser immer näher gerückt war, entstand die Möglichkeit, daß Wasser von Tegel ohne das Westender Zwischenwerk in das Verbrauchernetz direkt hineinpumpen. Das Wasserwerk Westend, welches seit dem Jahre 1873 an der Wasserversorgung von Berlin einen wesentlichen Anteil gehabt hat, ist infolgedessen stillgelegt worden. Das Werk Tegel gibt kein Wasser nunmehr unmittelbar in das Verbrauchernetz ab. Auf dem stillgelegten Werk Westend ist inzwischen aus den vorhandenen großen Kondenswasserbeden ein Familienschwimmbad gemacht worden, welches sich bereits größter Beliebtheit erfreut, während auf den vorhandenen großen, mit Rasen und Sträuchern bestandenen Flächen der Reinwasserbehälter eine Erholungsstätte für erholungsbedürftige Kinder eingerichtet worden ist. Im Osten von Berlin ist das Wasserwerk Kaulsdorf durch einen über Friedrichsfelde nach Lichtenberg führenden großen Rohrstrang mit dem Versorgungsnetz der Berliner Hochstadt in Verbindung gebracht worden, so daß diese nunmehr durch das Werk Lichtenberg und das Werk Kaulsdorf gemeinschaftlich versorgt werden, was hauptsächlich zur Entlastung des Werkes Lichtenberg dient. Ferner ist von dem Werk Wuhlheide der schon in der Vorkriegszeit geplante Hauptdruckstrang über Treptow nach dem Kottbusser Tor verlegt worden, wo er Anschluß an das Alt-Berliner Hauptrohrnetz findet. Beide Hauptrohre sind in den letzten Tagen in Betrieb genommen worden. Das letztgenannte Druckrohr dient weiter zu der zukünftigen Versorgung von Schöneberg und Steglitz. Die dazu notwendige Verlängerung ist jetzt fertiggestellt und wird ihren endgültigen Zweck erst am 1. Oktober 1928 ab erfüllen, da mit diesem Termin die Wasserversorgung von Schöneberg und Steglitz in die Hände der Berliner Städtischen Wasserwerke Akt.-Ges. übergeht.

Neben dieser das Gesamtversorgungssystem ändernden Hauptleitung ist mit der Verlegung der kleineren Leitungen in den früher nach nicht mit Wasser versorgten Gebieten von Berlin, und namentlich der Siedlungen, weiter fortgeschritten worden. Diese Gebiete werden zwar bei dem unter Friedenspreis liegenden Wasserpreis von 15 Pf. je Kubikmeter nicht nur keinen Ueberzuschuß ab, sie erfordern vielmehr Zuschüsse. Aber das Gesamtwohl der Berliner Bevölkerung erfordert, daß nach dieser Richtung hin die Wasserwerke sich von rein sozialen Gesichtspunkten leiten lassen. Das wirtschaftliche Gesamtergebnis ist trotzdem ein günstiges.

Wasserwerke Liefwerder und Beelitzhof.

Die Verwaltung der Charlottenburger Wasser- und Industrie- werke hatte zu einer Besichtigung ihrer Werke Liefwerder und Beelitzhof geladen. Infolge des erhöhten Wasserverbrauches habe es sich, so führte Direktor Blach in einer Ansprache aus, als notwendig erwiesen, in den Wasserwerken, die die westlichen Vororte versorgen, Erweiterungen vorzunehmen. Die Hauptveränderungen sind bei dem Werk Liefwerder vorgenommen worden. Das Werk ist nunmehr in der Lage, eine Stadt von 200 000 Einwohnern mit Wasser zu versorgen. Die Veränderungen sind im Laufe des Winters durchgeführt worden und nunmehr soweit gediehen, daß das Werk sich in voller Tätigkeit befindet. Es wurde eine Pumpstation errichtet, in der sich zwei elektrisch betriebene Vorpumpen befinden, die je täglich 30 000 Kubikmeter Wasser fördern. Die hygienischen Reinigungsanlagen, eine neu errichtete Belüftungsanlage mit einer Leistungsfähigkeit von 60 000 Kubikmetern pro Tag sowie eine ebenfalls neu errichtete Schnellfilteranlage mit einer Leistungsfähigkeit von 30 000 Kubikmetern pro Tag sind beachtenswert. Bei dem Werk Beelitzhof, das sich mit dem Werk Liefwerder in die Versorgung der westlichen

Der Wobblj.

Von B. Traven.

Copyright by Buchverlag-Verlag, Berlin und Leipzig.

„Darum haben wir Sie gar nicht gefragt,“ erwiderte Osuna, „und wenn wir das wollten, würden wir gerade Sie nicht darum anbetteln.“

Wir gingen in die Kammer, packten unsere Arbeitslumpen jeder in einen leeren Zuckersack und gingen.

Mit einmal sagte Osuna: „Wir haben ja unsere zwei Pesos in den alten Schuhen gelassen, nur gleich geholt. Wenn die Bilder haben wollen, dann mögen sie sich selber welche kaufen!“

Wir nahmen unsere zwei Pesos und kamen wieder vorbei an der Badstube.

„Wer hat denn die Bilder da zerrissen?“ fragte der Tischbecher.

„Wir,“ antwortete Osuna. „Vielleicht was dagegen? Nur sagen. Wir sind gerade in Stimmung. Ich denke doch, daß wir mit unseren Bildern machen können, was wir wollen.“

„Das habe ich nicht gewußt, daß das eure Bilder waren. Die hättet ihr doch nicht zu zerreißen brauchen,“ sagte ein anderer.

„Solche unanständigen Bilder mag ich nicht leiden,“ antwortete Osuna. „Wenn ihr so etwas vor Augen haben wollt, kauft sie euch. Wir brauchen keine Bilder, was, Gase?“

„Nein, wir haben solche Bilder nicht nötig, glücklicherweise nicht,“ unterstützte ich Osuna. Und ich tat es mit voller Ueberzeugung.

Dann gingen wir zu Señor Doux und verlangten unser Geld, das wir noch zu kriegen hatten. Er gab es uns nicht und sagte, wir sollten morgen wiederkommen.

„Ihr Morgen kennen wir reichlich,“ gab ich ihm zur Antwort.

Osuna stellte seinen Sack auf den Boden, lehnte sich ein wenig über das Büfett, hinter dem Señor Doux stand, und sagte ziemlich laut: „Wollen Sie uns jetzt sofort unser Geld geben oder nicht? Oder soll ich erst die Polizei hereinholen, daß Sie uns unsern verdienten Lohn auszahlen?“

„Schreien Sie doch nicht so, daß die Gäste aufmerksam werden,“ sagte Señor Doux leise und griff in die Hosentasche, um das Geld herauszunehmen. „Ich zahle Ihnen ja, ich bin Ihnen doch nie einen Centavos Lohn schuldig geblieben. Wollen Sie noch eine Flasche Bier trinken?“

„Das können wir machen,“ erwiderte Osuna. „Wir sind nicht zu stolz dazu.“

Wir setzten uns an einen Tisch, und ein Kellner brachte uns zwei Flaschen Bier.

„Das Bier wollen wir ihm nicht schenken, diesem Geizfragen,“ sagte ich. „Er hat sicher geglaubt, wir würden nein sagen, sonst hätte er es uns nicht angeboten.“

„Sicher nicht,“ meinte Osuna, „deshalb habe ich ja auch ja gesagt. Ich habe gar keinen Appetit darauf.“

Warum wir gingen, danach fragte Señor Doux nicht. Solche plötzlichen Abschiede kamen bei ihm zu häufig vor, als daß er sich darüber aufgeregt hätte. Ebensovienig fragte er uns, ob wir nicht bleiben möchten. Er wußte wohl, daß es bei uns ebenso erfolglos gewesen wäre wie bei früheren Abschieden.

Er ging zur Kasse, wo seine Frau stand, und holte das Geld für uns. Dann brachte er es an unsern Tisch, legte es hin und verschwand wieder hinter dem Büfett, ohne noch etwas zu sagen und ohne nochmals zu uns rüberzusehen.

Dann gingen wir, brachten unsere Säcke zu einem indianischen Kaffeestand, wo wir ein Glas Kaffee tranken und dann die Frau fragten, ob wir nicht unsere Säcke hier bis zum Morgen unterstellen könnten. Am Morgen würden wir wiederkommen, bei ihr frühstücken und die Säcke abholen.

Dann gingen wir wieder zu den Señoritas, wo es angenehmer war als in der Badstube.

Am nächsten Tage, nachdem wir den Vormittag über uns auf den Bänken der Plaza herumgedrückt hatten, gingen wir zu einer Cafa de Híspedes, wo wir jeder ein Bett belegten für fünfzig Centavos und unsere Säcke in dem Kofferraum abgaben.

Bett ist ja nun auf keinen Fall richtig. Einzelne jener Betten waren von dem Muster unserer Bäckerbetten, also Hängematten aus Segelleinen, die in einem Scherengestell aufgespannt waren. Wir aber bekamen bessere Betten. Das waren Drahtmatratzen, die durchgelegen waren, so daß man immer in einer Höhle lag, wo man so zusammengedrückt war, daß man kaum atmen konnte. Die Unterlage war so dünn und zerschiffen, daß man den Draht fühlte, und da man ja nicht viel Fleisch am Körper hatte, lerbte sich der Draht in die Knochen. Und das war ein recht angenehmes Gefühl. Diese Betten konnten in einer Folterkammer gute Dienste leisten.

Da war ein weißüberzogenes Kopfstiffen und ein weißer

Leinenlaken in jedem Bett. Aber da diese weiße Leinenwäsche nur jede Woche oder alle drei Wochen gewechselt wurde, während der Bettgast jeden Tag wechselte, so waren die Sachen eigentlich nicht weiß, sondern fettig, fleckig und streifig. Außerdem gehörte zu jedem Bett eine Decke, die sicher nie gewaschen und nie geklopft wurde. Es wurde nicht gewaschen, und niemand wurde unterjocht, ob er krank sei. Wer sein Bett bezahlte, durfte darin schlafen, ob er von den Läusen bald aufgefressen wurde, ob er Syphilis, Tuberkulose, Malaria, Lepra, Krätze, schwarze Pocken oder sonst etwas hatte.

Die Schlafräume lagen zu ebener Erde. Türen hatten sie nicht, oder es waren nur noch die Reste ehemaliger Türen vorhanden. Man trat vom Hofe unmittelbar in den Schlafräum. Jeder Schlafräum hatte sechs bis acht Betten. Die Betten standen kreuz und quer im Raum gerade wie sie am besten Platz fanden. Ein Raum lag neben dem andern, so daß die Räume eine lange Reihe bildeten. Am Ende der Reihe schloß sich im rechten Winkel wieder eine Reihe an und an diese wieder eine Reihe, so daß also der ganze viereckige Hof mit Schlafräumen eingezaunt war. Die Vorderfront bildete ein großes zweistöckiges gemauertes Haus mit der stolzen Inschrift: „Continental-Hotel. — Bäder zu jeder Tages- und Nachtzeit.“ Hier in diesem Vordergebäude waren die Zimmer für einen Peso; in jedem Raume standen zwei Betten. Diese Betten hatten Roskitione, während die billigen keine hatten.

Wiel wert waren die Reize nicht, weil sie große Löcher hatten. Außerdem war in dem Gewebe der Utem von Taufenden von verschriebenen Menschen aufbewahrt.

Bäder konnte man in der Tat zu jeder Nachtzeit bekommen. Es waren Brausebäder, und jedes Bad kostete fünf- undzwanzig Centavos. Dafür bekam man Seife und Handtuch und einen Badtisch zum Abreiben dazu geliefert. In diesen Bäderräumen wimmelte es von riesengroßen Schaben. An der Wasserrohrleitung war kein Hahn, den man einstellen konnte, so daß das Wasser laufen konnte. Man hatte eine Kette zu ergreifen und an der zu ziehen. Beim Baden konnte man also nur immer eine Hand zum Waschen gebrauchen, während man mit der anderen an der Kette ziehen mußte. Wusch und seifte man sich mit beiden, so mußte man die Kette loslassen und das Wasser hörte auf zu laufen. Das wurde getan, um Wasser zu sparen; denn Wasser ist hier ein kostbarer Artikel.

(Fortsetzung folgt.)

Die Saurier des Museums für Naturkunde

Von Willy Ley.

Als der amerikanische Millionär James Lid, ein ehemaliger Bergbauer, merkte, daß auch Millionäre schließlich einmal sterben müssen, ohne etwas von ihren Millionen über den Tod hinüberretten zu können, war er darauf bedacht, sich wenigstens ein möglichst dauerhaftes Grabmal zu schaffen. Zuerst soll er an eine Pyramide nach ägyptischer Art — natürlich mindestens doppelt so groß — gedacht haben, wurde dann aber eines besseren beraten und baute als Grabmal eine der größten und modernsten Sternwarten Amerikas; wohl wissend, daß dies sonderbare Grab (seine Urne ist im Sockel des großen Fernrohres eingemauert) nicht nur besser gepflegt werden wird als jedes andere, sondern auch in allen künftigen Kriegen und Staatsumwälzungen von allen Beteiligten möglichst geschont werden wird. Schwebt doch über den Stätten der Wissenschaft ein strengeres „heiliges“, als jemals über Kirchen und Kapellen. Man mag der Sache gegenübersehen wie man will, vom Standpunkt der Wissenschaft ist sie zu begrüßen. Um so mehr, als andere Lids Beispiel auf anderen Wissensgebieten gefolgt sind.

Carnegie, einer der größten unter den Finanzsaurieren Amerikas, hat dankenswerterweise seine ausgestorbenen „Kollegen“ aufs Korn genommen. Unser Berliner Naturkundemuseum verdankt ihm den Abguss eines 25 Meter langen, in Wyoming gefundenen Diplodocus. Das riesige Skelet beherrscht in drohendem Schwarz die ganze linke Seite des Lichthofes. (Das ursprüngliche Skelet ist übrigens aus den Resten von sechs Individuen zusammengesetzt.) Fast komisch mutet es an, daß des alten Herault „alles flieht“ auch für diesen Vorweltlichen seine Wirksamkeit behält. Man hatte den Diplodocus wie ein Säugerier aufgestellt, hochbeinig und mit flachem Hals, jetzt hat man sich nach langem Streit der Weisen zu der Auffassung durchgerungen, daß die verhältnismäßig schwachen Füße den ungeheuren Leib so nicht tragen konnten, und hat ihn flach wie ein Krotodil mit hochgerecktem Hals rekonstruiert. Eine Tafel an dem Skelet zeigt auch diese Berichtigung. Man geht mit vollem Recht neuerdings sogar noch einen Schritt weiter und macht den Diplodocus zu einem „teilweisen“ Wasserleier, von dem man annimmt, daß er grünbeinig die weiten Wattenmeere seiner Zeit durchstreifte. Sein schwaches Gebiß, das augenscheinlich nur noch dazu geeignet ist, weiche Wasserpflanzen abzureißen und hinunterzuschlingen, ist die stärkste Stütze dieser Annahme. — Vor dem Skelet des Diplodocus liegen Wirbel und einzelne Reste des am Tendaguru in Deutsch-Ostafrika gefundenen Brachiosaurus Brancai, der seinem nordamerikanischen Vetter noch bedeutend an Größe übertrifft. Man kann sich ein ungefähres Bild von dem Unterschied machen, wenn man erfährt, daß der Oberarm eines Brachiosaurus 1,95 Meter mißt, der des Diplodocus 0,90 Meter. In Betracht ziehen muß man dabei allerdings, daß die beiden Saurier sich nicht so ähnlich waren, wie ein Marktlied dem andern. Der Brachiosaurus war, obwohl seiner Größe entsprechend, plump, vorn mehr hochgerect, also entfernter giraffenähnlich.

In der linken hinteren Ecke des Lichthofes steht ein Dinosaurier, der den Typ der zweibeinig laufenden vorführt. Es ist der Plateosaurus aus dem Keuper von Halberstadt. Die größten Zweibeiner unter den Dinosauriern waren wohl der amerikanische Allosaurus (ein Raubdinosaurier) und der große Iguanodon von Bernissart in Belgien, der in Lebensgröße vor dem Eingang des Berliner Aquariums Auf-erlebung gefunden hat. Auf der anderen Seite sieht man einen Saurier, der vom zweifüßigen Gang wieder zum vierfüßigen zurückgekehrt ist. Besonders bemerkenswert ist bei dieser verhältnismäßig kleinen, am Tendaguru gefundenen Gattung — Kentrosaurus — ein doppelter Stachelkamm über die gesamte Rückenlinie. Zweifellos in ihrer Bemächtigkeit eine wirksame Verteidigungswaffe. In Wyoming — also am Ort des Diplodocus — lebte ein ähnlicher, mindestens dreimal so großer Saurier (Stegosaurus), bei dem sich die Stacheln zu quadrateckigen Knochenplatten auswuchsen. — Bilder und Gesteinsproben von der Tendagurupedition vermitteln ein anschauliches Bild der Schwierigkeiten. Von Afrika kommt man sofort wieder nach Südamerika. Der mächtige Knochenpanzer des nächsten Tieres (Ornithomirus, ein Riesengürteltier, also kein Saurier, sondern ein Säugerier) stammt aus den Pampos. Ein Stück, auf

Schwarz-weiß-rot gegen Schwarz-weiß-rot.



Wenn im rechts-gestimmten Kreise
sich das pp. nationale
Sehe verehrte Publikum
seine Thesen mittels Keile,
Mittels Keule und Geheule
darlegt — flüstert's ringsherum:

Hier wird ein Malheur passieren!
Wie kann man sich so blamieren!
Dieses ist Germanen - Not!
Kings im Lande herrscht Entsetzen,
Denn in Lappen und in Fellen
geht der Boden Schwarz-weiß-rot!

das unser Museum mit Recht stolz sein kann. — Um ein Bild von den Schwierigkeiten des Auspräparierens zu geben, sei gesagt, daß an diesem Ornithomiruspanzer fast fünf Jahre gearbeitet wurde.

Das nächste Skelet bringt uns ins Meer. Die hochsechse Ophthalmosaurus, ein stichtartiges Tier von der Organisation der edlen Ichthyosaurier. Neben ihm zeigt Meister Pleisiosaurus die andere Art der Hochseesaurier, die Schwanzhalbschlangen. Und neben dem Pleisiosaurus sehen wir das restaurierte Skelet eines zweifüßigen Raubdinosauriers, des Gaphrosaurus. Der schlaffe, stark seitlich zusammengedrückte Körper zeigt auf den ersten Blick, daß das Tier einer der schnellsten Läufer aller Zeiten gewesen sein muß.

Die rechts neben dem Lichthof gelegene paläontologische Abteilung des Museums bietet dem Laien wegen der Fülle des Materials nicht so viel Interessantes. Diesen Saal kann man nicht, wie die anderen, schauend durchschlendern, — hier ist eine gewisse Vertiefung notwendig. Besonders hinweisen möchte ich noch auf die vielen Ichthyosaurusplatten, die Fußspuren des Iguanodon und Chirotherium, die Skelette der Riesenstrauchvögel, die Platten mit dem Abdruck der Archäopteryx (des Urvogels) und die schönen Ammonitenreliefs. Interessant auch die Knochen und Stohzähne fossiler Mastodonelanten, die auch von den Säugetierriesen der Tertiärzeit ein Bild geben.

Massenfabrikation von Flaschen. Bis vor nicht langer Zeit erfolgte die Herstellung von Glasflaschen durch Handarbeit oder besser „Rundarbeit“, indem der Glasbläser das eine Ende des eisernen „Blasrohres“ in einen mit flüssiger Glasmasse gefüllten Lontiegel tauchte und den beim Herausziehen daran hängenbleibenden Klumpen zähflüssigen Glases durch Händedrehen unter gleichzeitigen Schwenken des Rohres die gewünschte Form gab. Den sich ständig steigenden Ansprüchen der Technik genügte dies Verfahren nicht mehr, weshalb man auch hier die Handarbeit durch Maschinenarbeit ersetzte. Jetzt kommt aus England die Nachricht von der Konstruktion einer Glasblasmaschine für die Flaschenfabrikation, deren Leistungen alles auf diesem Gebiete bisher dagewesene übertreffen. Die Maschine besteht aus einer Säule, an deren drehbarem Oberteil zehn gleichartig ausgebildete Blasevorrichtungen angebracht sind. Die Säule ist hohl und dient gleichzeitig der Zuführung von Luft. Die zehn Blasevorrichtungen sind auf einem aufgehängten Ring befestigt, der durch einen Elektromotor in Umdrehung gehalten wird. Während des Umlaufs folgt jede Blasevorrichtung aus einem gleichfalls rotierenden Behälter die zur Herstellung einer Flasche erforderliche Menge flüssigen Glases an. Während der nächsten Arbeitsgänge wird die Flasche dann fertig geblasen, abgefüllt und schließlich automatisch aus der Maschine ausgefahren. Diese Maschine vermag in jeder Minute 27 Flaschen herzustellen, in der Woche also rund 250 000 Stück, von denen nur etwa 7 Proz. als Ausschuß fortgeworfen werden müssen.

Die Nadel.

Von A. B. Smilowski.

(Schluß.)

Der Meister sah schweigend auf die Uhr neben der Türe. Es war schon fast halb sieben; um sieben Uhr spätestens sollte er seine Arbeit abliefern. Ein Seufzer entrang sich seiner bekommenen Brust. Die Kubastin band sich ihr bestes Tuchel um den Kopf, warf sich das schon ordentlich abgetragene Wolltuch um, und, indem sie einen Augenblick in den Wandspiegel schaute, ging sie. Der Meister aber stand auf und begann seine Nadel zu suchen, ein Wunder, daß er sich dabei nicht die Augen herausguckte. Die Nadel war nirgends zu finden.

„Das geht nicht mit natürlichen Dingen zu,“ brummte er für sich, „Das ist ein böses Zeichen. Gott befohlen!“

Er setzte sich nieder, verfrägte die Hände im Schoße und ließ den Kopf hängen. Er erinnerte sich des Brunnens hinter dem Strandschen Hofe und aller gestrigen Gedanken, die ihn so betäubten, daß er beinahe in den Brunnen gesprungen wäre. Ein Wunder, daß ihn die Scham, das Herzleid und die Schande nicht um den Verstand brachten. Wenn das so jemand in der Stadt wissen würde, was würde man von ihm denken? Das Bewußtsein, daß er, ein alter, rechtschaffener Mann, eine so schmachvolle Tat begehen wollte, quälte ihn so, daß er sich mehr, als ihm zuträglich war, über sich ärgerte.

„Paul, Paul,“ tadelte ihn das gequälte Gewissen, „wohin ist deine Ehre gekommen? Was für eine abschauliche Suppe hast du dir da eingebrockt!“

Er stand auf und wollte sich waschen; da erinnerte er sich, daß er noch nicht rasiert sei; er trat dazu Vorbereitungen, stellte sich einen Lapp auf den Tisch und lehnte einen kleinen Spiegel daran. Dann seifte er sich die Wangen ein und zog die Klinge ab. Er begann mit dem Rasieren, doch die Hand zitterte ihm ganz fürchterlich. Er schnitt sich, das Blut rann ihm über die Wange. „Kun, es wird nicht so schlimm sein,“ dachte er sich und fuhr fort, sich zu rasieren. Plötzlich zuckte er zusammen und schrie auf. Die ganze rechte Wange blutete ihm und das Blut, mit Seife vermischt, rann in einem Bächlein herab. Er stand auf. In diesem Augenblick kam die Kubastin zurück. Als sie ihren blutenden Mann gewahrte, erblickte sie wie

der Tod. Sie dachte nichts anderes, als daß er sich die Pulsader zerföhren hätte.

„Um Christi willen, Vater!“ rief sie entsetzt aus.

„Gib mir Wasser, wasch mich ab, ich hab' mich gehörig geschnitten.“

Die Kubastin wusch ihn ab und atmete auf. Ueber der linken Wade hatte er oben eine kleinere, aber darunter eine lange Schramme. Er blutete ständig noch, das Blut ließ sich nicht stillen. Die Meisterin zupfte Verbandstoff und verklebte ihm die Schramme. Endlich war sie mit der Operation fertig. Kubasel besah sich im kleinen Spiegel.

„Ach, schlimm ist's, schlimm!“ klagte und jammerte er. „Ich werde heute nicht einmal auf den Chor gehen können. Wer wird die Trommel schlagen? O, meine Reputation! Bei Ziona ist sie dahin, und bei Putinka wird sie es auch sein. Alles wendet sich gegen mich. Ich hätte lieber in den Brunnen springen sollen!“

„Es ist ja noch nicht einmal acht Uhr, und bis elf kannst du noch in die Stadt und die Kirche gehen.“

„Das werde ich, so Gott will, nicht tun. Damit die Leute denken, ich sei irgendein Sauhbild, irgendein Kaufbald aus einer Schenke. Tu mir's zuliebe, Weib, und schweig still! Ich bin ein sehr bedauernswürdiger Mensch. Ueberlaß mich meinem Schicksal!“

„Du kannst dir doch mit dem Tuchel die Wange zuphalten!“

Kubasel schüttelte den Kopf und wurde kleinmütig. Er beweinte im Geiste seine verlorene Ehre. Den ganzen Vormittag sah er schweigend da; als es elf Uhr war, rannen ihm Tränen wie Erbsen so groß herab. Die Bissen beim Essen wuchsen ihm im Munde, daß er sie nicht herunterzuschlucken vermochte.

Nach dem Mittagmahle kramte die Kubastin in den Kleidern am Aufhängerecken, der einen Kasten erbeute, und aus bloßer Gemohnheit durchsuchte sie die Taschen des Wochentagsgewandes ihres Mannes. Plötzlich rief sie freudig aus:

„Ich hab' sie schon!“

Kubasel sprang auf und seine Augen strahlten. Die Frau brachte ihm „seine“ Nadel; sie war in der Westentasche. Weiß der liebe Herrgott, wie sie dort hingekam. Vielleicht rutschte sie hinein, als er den dritten Zwirn einfädete. Kubasel setzte auf wie ein Chamäleon, das sich nach langjähriger Reise aus Ägypten mit Wasser bespricht. Er ließ sich ein Seidel frisches Bier holen, setzte sich auf den Tisch und machte sich über Wenzelschens Anzug her. Abends

war er fertig, die Meisterin trug ihn zu den Zionas und hat dort neuerlich für ihren Mann.

Kubasel fürchtete sich geradezu, in die Stadt zu gehen, von weitem wich er Ziona und Putinka aus. Einmal aber begegnete er zufälligerweise Ziona. Der Lehrer las ihm gehörig die Leisten, und Kubasel mußte nicht einmal. Dabei tropfte ihm nur eine Träne herab. Diese Träne stimmte Ziona weicher. Er reichte dem Meister die Hand und sagte zu ihm, er möge sich nur wieder ein Buch holen. An demselben Tag sprach Putinka, der Chorleiter, ihn an. Der war ein schlimmere Patron und setzte ihm so zu, daß am Meister nicht ein gutes Haar blieb. Kubasel nahm die verdienten Vormärke schweigend hin, und als Putinka durchaus wissen wollte, weshalb er am Pfingstfeiertage keine Trommel im Stiche gelassen habe, erzählte er ihm alles, was mit der Nadel passiert war. Putinka hörte ihn an, nahm erst eine Prise, wog sie in der rechten Hand und schnupfte in seiner lauten Art. Nach einer Weile Schweigens entgegnete er gerührt: „Uebermorgen haben wir ein bezahltes Requiem um neun Uhr, kommen Sie die Trommel schlagen, Kubasel, Sie bekommen einen Gulden dafür!“

Und ich selbst habe das ganze Geschicklein von der Nadel aus Putinkas Munde vernommen. Die Leute sagten von Putinka, daß er ein weiser Mensch wäre, und dies deshalb, weil er, wenn er etwas aus dem Leben erzählte, dies niemals ins Blaue hinein redete, sondern gewöhnlich damit eine bestimmte Lehre verband, die er zum Schluß deutlich aussprach. Auch Kubasels Nadel entging seiner Weisheit nicht.

„Hand aufs Herz,“ sprach er zu mir am Schlusse, „hat nicht jeder von uns seine Nadel, um die er Kerzen verbrennt? Und nicht allein wir, als einzelne Menschen, auch ganze Völker...“

„Ich muß Ihnen beistimmen,“ entgegnete ich, „ich wenigstens habe schon oftmals eine ganze Kerze wegen einer Nadel verbrannt. Wir Menschen sind nun einmal so: wegen einer unbedeutenden Sache opfern wir manchmal viel, oft sogar unser ganzes Wohl.“

„Recht, recht so, mein werter Herr,“ fügte Putinka hinzu, „aber wir dürfen auch nicht vergessen, selbst die unbedeutendste Sache vernünftig und klar zu überlegen, weil eine anscheinend kleine Sache große Folgen haben kann.“

Dann hielt er mir mit Wohlgefallen seine Tabakdose hin. Und es war keine kleine Auszeichnung, wenn Putinka jemanden eine Prise anbot.

(Deutsch von J. Reimann.)

Oberschlesien — Hochwasserhilfe. Beschlüsse des Landtags.

Der Preussische Landtag ging am Freitag an die zweite Beratung der Vorlage über die

Trennung der Provinzen Ober- und Niederschlesien.

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei verlangten die Abhebung der Vorlage von der Tagesordnung und Zurückverweisung an den Ausschuss. Staatssekretär Reister vom Innenministerium forderte die Verabschiedung der Vorlage, die das Ministerium für rechtlich notwendig und für politisch richtig halte. Die Zurückverweisung wird abgelehnt.

In der allgemeinen Besprechung begrüßt Abg. Franz-Oberschlesien (Soz.) die Vorlage, die endlich die alten Versprechungen erfüllt, die man den Oberschleslern in der schweren Abstimmungszeit gemacht habe. Bedauerlicherweise haben die Rechtsparteien, betonte Franz, aus dem Geschehen ein politisches Streitobjekt gemacht und damit unnötig viel Schwierigkeiten geschaffen. Wie so oft, so wollten auch hier die Rechtsparteien wieder einmal getreu ihrer Tradition wichtige Versprechungen nicht einhalten. Sie verbanzten sich hinter allerhand wirtschaftlichen Bedenken, die in Wirklichkeit nur in der Einbildung existieren und ungeheuerlich übertrieben werden. Eine Provinz Oberschlesien soll jetzt auf einmal ein verwaltungs-technischer Torso sein. Dabei haben sich die Rechtsparteien für die Bildung der Provinz Grenzmark eingesetzt, die noch viel kleiner ist als Oberschlesien. Da liegt der Hund begraben. Wer weiß, wie die politische Presse sofort auf die Verhandlungen des Verfassungsausschusses reagierte, dem muß klar sein, daß schon im Interesse des Deutschtums die Schaffung der Provinz Oberschlesien nicht mehr hinausgeschoben werden kann. Die ober-schlesische Bevölkerung muß endlich einmal von dem Gefühl, daß sie bevormundet und benachteiligt wird, befreit werden. Als feinerzeit die Optanten nach Schneidemühl kamen, gab es in der Rechtsprelle ein großes Auf- und Weggelächel über das Wohnungselend in Schneidemühl. In Oberschlesien mußten die Flüchtlinge jahrelang, wie das Vieh zusammengepfercht, wohnen und die Reichsregierung sah dem feckenruhig zu. Die Rechtsparteien haben für Oberschlesien nichts übrig, wie auch das alte Regime nichts für die Oberschlesier getan hat. Und dann kommen Leute wie der deutschnationale Graf Garnier in den Landtag und reden große Lüge und beschimpfen diejenigen, die in der schweren Abstimmungszeit gegenüber den Korjant-Banden ihren Ramm gestanden haben. Wo war denn damals der Herr Graf? Zum Schluß verlangte Franz noch eine Reihe wirtschaftlicher Hilfsmassnahmen für Oberschlesien, vor allem Förderung des Kanalbaus. — Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Kommunisten und Wirtschaftspartei lehnten das Trennungsgesetz ab. Bei der Abstimmung über die Vorlage wird das Haus von der Rechten beschlußunfähig gemacht.

In der sofort anberaumten neuen Sitzung werden die vorliegenden

Hochwasseranträge

beraten. Ein Ausschuh Antrag faßt das wichtigste der einzelnen Anträge der Parteien zusammen, wie z. B. Klärung der Schuldfrage, Bereitstellung zinsloser Kredite, Reparatur der Dämme und Uferbauten durch Rotflandersarbeiten, Rottarie für den Futtermitteltransport und dergleichen mehr. Das Staatsministerium wird ermächtigt, die zur Hilfe notwendigen Mittel vorschlagsweise zu verwenden. — In der Aussprache betont Abg. Pochel (Soz.), daß die sozialdemokratische Fraktion dem Antrag des Hauptausschusses zustimme. In der Schuldfrage müsse man zunächst das Ergebnis der amtlichen Untersuchung abwarten. Bei der häufigen Hochwasser-gefahr empfehle es sich, daß die Regierung einen oder mehrere Beamte mit der besonderen Betreuung des Gefährdungsgebietes beauftrage. Gegenüber den Deutschnationalen bemerkt Pochel, daß die Hilfsaktion nicht dazu da sei, um nun die unmöglichsten Wünsche der Land-wirtschaft, wie Ermäßigung der Steuern auf Jahre hinaus und dergleichen, zu erfüllen. Wichtig sei, daß man die Gefährdeten an Ort und Stelle zusammenberufe und ihre Wünsche vortragen lasse. Das sei besser, als wenn man die Verteilung der Hilfsgelder durch die agrarischen Organisationen, z. B. durch den Landbund vornehmen lasse. — Der Ausschuh Antrag, der die Hilfsaktion einheitlich zusammenfaßt, wird vom Hause angenommen. — Sonnabend Weiterberatung.

Anleiheablösungen für alte Rentner. Deutschnationale Wiederanbiederungsversuche.

Zu Beginn der Freitagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt legte Genosse Keil die Haltung der sozialdemokratischen Mitglieder zu dem vom Abg. Herz (Dnat.) gestellten Antrag dar, nach welchem die Regierung die noch vorhandenen Ueber-schüsse des Rechnungsjahres 1925 zu besonderen Anleihe-ab-lösungen für solche Gläubiger verwenden sollte, bei denen wegen hohen Alters ein besonderes Bedürfnis zu rascher und weitläufiger Hilfe besteht. Im Unterausschuss waren sich alle Parteien darüber einig, daß solche alten Anleiheablösungsgläubiger besondere Berücksichtigung finden müßten. Auch die Regierung hat sich auf diesen Standpunkt gestellt und sich bereit erklärt, zu diesem Zweck den Anleiheablösungsfonds in Anspruch zu nehmen. Herr Hergt und seine Freunde hätten es aber für angezeigt gehalten, wiederum nach außen den Glauben erwecken zu wollen, als läge den Deutschnationalen weit mehr als allen anderen Parteien das Schicksal der alten und bedürftigen Anleiheablösungsbesitzer am Herzen. Er hätte daher den Antrag gestellt, zu dem, was die übrigen Parteien und die Regierung gewähren wollen, auch die bisher nicht verbrauchten Ueber-schüsse des Rechnungsjahres 1925 (33 Millionen) für den gleichen Zweck zu verwenden. Man kann es durchaus verstehen, daß Herr Hergt nach den Vorgängen des letzten Jahres das Bedürfnis fühlt, sich bei den Sparern und Gläubigern wieder in besseres Licht zu setzen. Die Sozialdemokratie indes brauche im Einklang mit ihrer ganzen bisherigen Haltung in der Aufwertungsfrage sich nicht von den Deutschnationalen übertrumpfen zu lassen. Gerade Herr Hergt tadelt den Reichsfinanzminister bei jeder Gelegenheit, daß er zu leichtfertigen neuen Ausgaben zustimme. Wenn Herr Hergt nachher hier neue Ausgaben verlange, habe die Sozialdemokratie nicht nötig, ihm entgegenzutreten. Wir werden daher dem Antrag solange zustimmen, wie er vorliegt.

Nach kurzer Debatte wurde die Beschlußfassung über den Antrag bis zum Herbst vertagt. Es wurde dagegen folgende Entschlie-ßung angenommen: Die Reichsregierung zu ersuchen, aus den Mitteln des Anleiheablösungsfonds einen ausreichenden Betrag zugunsten solcher Anleihegläubiger, bei denen wegen hohen Alters und bei einem besonderen Bedürfnis zur raschen Hilfe besteht, durch Ab-lösung oder Rückkauf ihre Auslosungsrechte zu verwenden. Ferner wurde noch eine weitere Entschlie-ßung angenommen, die Reichs-regierung zu ersuchen, die in § 47, Abs. 2 des Anleiheablösungsgesetzes vorgesehene Verabschiedung der Kleinanleihebesitzer so zu beschleunigen, daß die Durchführung noch im Laufe des Kalenderjahres gescheit ist, und falls sich dies nicht einheitlich für alle Anleihe in diesem Zeitraum ermöglichen lassen sollte, dafür Sorge zu tragen, daß jedenfalls die in hohem Alter befindlichen Gläubiger vorweg genommen werden.

Stuttgarter Aufwertung.

Stuttgart, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Stuttgarter Gemeinderat hat am Freitag vormittag den Aufwertungsantrag für die Aufwertung der Spareinlagen bei der Städtischen Sparkasse auf 20 Proz. des errechneten Goldmarkwertes der Guthaben festgelegt. Als Fälligkeitstermin ist der 1. Januar 1923 in Aussicht genommen. Die Verzinsung soll voraussichtlich ab 1. Januar 1927 aufgenommen werden. Unter gewissen Umständen, namentlich gegenüber Altrentnern und in fürsorge stehenden Personen können Vorschuhzahlungen bis zum Höchstbetrag von 500 Mark gewährt werden. Die Städtische Sparkasse Stuttgart verfügt über 13 Millionen Mark Aufwertungsguthaben, denen 50 Millionen aufwertender Sparkasseneinlagen gegenüberstehen. In den Genuss dieser Aufwertung kommen rund 150000 Alt-sparer, also etwa die Hälfte der Einwohnerschaft. Die Deutschnationalen verließen mit einem Demonstrations-antrag auf 50 Proz. Aufwertung der allgemeinen Lebenshaltung.

Der Stahlhelm wackelt.

Konflikt in Braunschweig.

Braunschweig, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der schon seit einigen Wochen dauernde Konflikt zwischen der Bundes-

leitung des „Stahlhelm“ und den Braunschweiger Ortsgruppen ist jetzt offen zum Ausbruch gekommen. Das ergibt sich aus folgender Erklärung, die am Freitag von 19 Kamerad-schaftsführern des „Stahlhelm“ in Braunschweig der Oeffent-lichkeit übergeben wurde:

„An die Bundesleitung des „Stahlhelm“ in Magdeburg ist von dem Ortsgruppenführer Braunschweig-Stadt, Grub, und 19 Kameradschaftsführern eine Beschwerdeschrift mit 40 Punkten und eine Nachtragoberschleife mit 7 Punkten gegen-über dem Landesverbandsführer Uhlenshaut abgegangen, der in Erwartung dieser Beschwerde jedoch vorher den Ortsgruppen-führer seines Postens enthob. Die Tatsachen, die dieser Beschwerde zugrunde liegen, sind den Beschwerdeführern erst in den letzten Monaten bekannt geworden, und daraufhin war bereits des öfteren in kameradschaftlicher Weise versucht worden, den Landes-verbandsführer Uhlenshaut freiwillig zum Rücktritt zu veranlassen. Mit der Abhebung des Ortsgruppenführers Grub setzte sich der Landesverbandsführer Uhlenshaut gleich-zeitig selbst zum Führer der Ortsgruppe ein. Die Kameradschafts-führer konnten aus Grund der laufenden Beschwerde den neuen Ortsgruppenführer, der sagemsgemäß gewählt werden muß, nicht anerkennen und baten ihn, bis zur Erledigung der Beschwerde von Befehlen Abstand zu nehmen. Eine Abschrift dieser Be-schwerde ging an die Bundesleitung in Magdeburg, die daraufhin in einer mündlichen Verhandlung den Kameradschaftsführern ein Ultimatum von zehn Minuten stellte und nach dessen Ablauf sie absetzte und aus dem Bund der Frontsoldaten aus-schloß. Die Ortsgruppe Braunschweig stellte sich geschlossen hinter ihre abgesetzten Führer, und da noch drei Wochen noch nicht die geringste Erledigung der Beschwerde er-folgt war, was übrigens auch heute nicht der Fall ist, außerhalb des Bundes.“

Die Ortsgruppe Braunschweig zählt etwa 1600 Mitglieder des „Stahlhelm“. Es ist damit zu rechnen, daß auch alle übrigen Ortsgruppen des Landes Braunschweig und der angrenzenden Gebiete aus dem „Stahlhelm“ austreten werden. Eine offene Gehorsamsverweigerung gab es schon vor einigen Wochen, als Uhlenshaut einen Demonstrationszug gegen die Propaganda der Sozialdemokraten für den Volksentscheid anordnete. Diefem Befehl wurde von der Braunschweiger Ortsgruppe keine Folge geleistet.

Gegen die Potemkin-Hehe.

Eine sozialdemokratische Aktion im Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Kleine Anfrage eingebracht:

Die Innenminister der Länder Württemberg und Thüringen haben die Vorführung des von der Oberprüf-Kommission des Reichs genehmigten Films „Potemkin“ wegen angeblicher Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verboten.

Der Film war bereits monatelang in Berlin und wiederholt in Thüringen vorgeführt worden. Ruhestörungen oder sonstige Ordnungswidrigkeiten sind nirgends vorgekommen. Trotzdem sind unter Mißachtung der Be-stimmungen des Reichslichtspielgesetzes die Ver-bote erfolgt.

Wir fragen die Reichsregierung: Willigt sie die durch den württembergischen und den thüringischen Innenminister erlassenen Verbote?

Ist sie bereit, dafür zu sorgen, daß die württem-bergische und die thüringische Regierung die Entscheidung der zuständigen Reichsstelle beachten und die Verbote alsbald aufheben?

Man kann auf die Antwort des Herrn Dr. Müllz gespannt sein.

Primos' Segner im Kerker. Die spanischen Generale Bellez und Aguilera und mehr als hundert Offiziere sind wegen Beteiligung an dem kürzlich aufgedeckten Komplott gegen das spanische Direktorium verhaftet worden.

Die Verminderung der Rheinlandbesatzung hat die Reichsregie-rung durch ihren Pariser Botschafter abermals von Briand verlangt.

Die Eingemeindung Olivos nach Danzig, von Oliva infolge Finanznot beantragt, ist vollzogen.

Der Philosoph Theodor Lessing.

Von Dr. H. Adam.

Das Bild Theodor Lessings will nicht so recht in den Rahmen dessen, was wir heute Philosophie zu nennen gewöhnt sind, passen. Th. Lessings Hauptarbeitsfeld ist Geschichts- und Kulturphilosophie, ein somiso schon heiß umstrittenes Grenzgebiet; dazu kommt, daß Th. Lessing auch in dieser Sphäre eine außergewöhnliche Erscheinung ist, so daß es notwendig erscheint, einiges Wesentliche über ihn zu erfahren.

Th. Lessing liegt daran, gerade die Dinge und Verhältnisse in ihr wahres Licht zu rücken, die wir als scheinbar unabänderlich ein-fach hinnehmen. Er bemüht sich, soweit als überhaupt möglich, vor-urteilsfrei zu sein und kommt dabei betrefis unserer heutigen Kultur zu Feststellungen, die in manchem an Rousseau und Schopenhauer erinnern, aber doch ihr ganz besonderes Gepräge tragen.

Th. Lessings Hauptwert ist „Der Untergang der Erde am Geist“, in welches Werk die früheren „Europa und Asien“ und „Die ver-suchte Kultur“ aufgegangen sind. Darin fordert Lessing im Hinblick auf Asien, das noch ungebremste und unverbogene Religion und Kulturen hat, Rückkehr zum Unbedingten, Einfachen, Natürlichen und Guten. Lessing will aber nicht Aufgabe unserer wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften, sondern ihre Fortführung und die Be-seeing der von diesen Dingen erfahrenen Menschen durch Ausföhnung mit dem Geist der Liebe, wie er im meliobgewandten Buddhismus lebt und im Christentum lebendig sein sollte.

Den Wirklichkeitsgehalt der Geschichte hat Lessing untersucht in dem Buche „Die Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen“. Er beleuchtet, warum die Geschichte nach ihrem Wesen immer noch ein groß Stück Dichtung in sich trägt. Die erkenntnistheoretische Tiefe der Problemstellung kann hier nur angedeutet werden; jede muß erkenntlich sein, wie schon die Verschiedenheit der Religion, Kultur, Nation, Generation und Individualität die Geschichte jeweils färbt und wie schon der Zufall, der in der Geschichte eine große Rolle spielt, ohne daß wir es anerkennen wollen, es mit sich bringt, daß die Geschichtswissenschaft sich vor den größten Schwierigkeiten sieht.

Der Philosoph Lessing erkennt in reiner Ethik den letzten Sinn der Welt, eine Wertlehre bringen seine „Studien zur Wertaxiomatik“. Seine geistigen Vorfahren deutet er aus in seinen Werken „Schopen-hauer, Wagner, Nietzsche“ und „Philosophie als Tat“.

Niel verübelt ist dem Philosophen Lessing seine schriftstellerische Neigung zur Satire. Wer einmal lachend über unsere politische und sonstige Gegenwart auf den Grund unserer Zeitgeistes einen Blick tun will — was gerade in der Form der Satire uns überraschend möglich ist — und einen tüchtigen Tropfen Selbstironie mittragen kann, der lese Lessings „Feind im Land“.

In der Schrift „Dührings Hof“ hat der Geistesverwandte Dührings des letzteren Kampf gegen die Berliner Unversität und später gegen eine vertraute Wissenschaft geschildert, die Dühring lebendig begraben wollte durch Boykott seiner öffentlichen Meinungs-äußerungen. — Heute sind für Lessing in seinem Konflikt mit der Technischen Hochschule Hannover zahlreiche nomahe Gelehrte ein-getreten. Ein erfreuliches Zeichen für ein neues Verstehenwollen. Noch aber scheint die deutsche Studentenschaft weit davon entfernt, in solchen Streitfällen ein nüchtern kritisches Maß anlegen zu wollen.

Noch einmal: Volksbühnentag.

Dr. S. Restriepke, der Generalsekretär der Verbandes der deutschen Volksbühnvereine, sendet uns eine Entgegnung auf die Bemerkungen Erich Golligretus in Nr. 157 des „Bormaris“. Wir geben ihr gern Raum, möchten aber dazu bemerken, daß Er. Golligretus als Berichterstatter sozialdemokratischer Zeitungen sämtlichen Verhandlungen beigewohnt und nur zum Ausdruch ge-bracht hat, was auch unter den Delegierten vielfach empfunden wurde. Dr. Restriepke schreibt:

Erich Golligretus findet, daß auf dem siebenten Volksbühnentag zu viel von der Idee und zu wenig von praktischen, organisatorischen Dingen geredet worden sei. Erich Golligretus hat wohl den Ver-handlungen nicht selbst beigewohnt; denn sonst könnte man zu-mindest nicht verstehen, daß er von einem „allgemeinen, feierlichen und pastoralen“ Ton der Vorträge und Diskussionen spricht. Be-wegter, lebendiger konnten nicht wohl Diskussionen sein als die in Hamburg. Im übrigen: In einer Tagung, die sich in vollster Oeffent-lichkeit vollzieht und in hohem Maße Kundgebung für die Oeffent-lichkeit ist, liegt es nahe genug, in erster Linie die idealen Kräfte der Bewegung zu betonen und bloßzulegen. Dies wird um so mehr zur Notwendigkeit, als leider Fernerstehende in den Volksbühnen immer noch nichts anderes als Vereinigungen zum Vertrieb billiger Theater-arten erblicken. Nebenbei kamen auch die praktischen, organisatorischen Fragen in Hamburg nicht zu kurz. Ganz abgesehen davon, daß sie beispielsweise in den Referaten über die Wanderbühnen und über das Theaterrecht von heute und morgen im Vordergrund standen, brachte der Volksbühnentag ja auch zwei besondere „Geschäftsführer“-Sitzungen, die ganz der Propaganda, Beitrags-sammlung usw. gewidmet waren. Allerdings nicht vor breiterer Oeffentlichkeit. Und es wird vielleicht auch für die Zukunft das Beste sein, diese rein geschäftlichen Dinge in besonderen, geschlossenen Sitzungen zu erledigen, die öffentlichen Verhandlungen aber zu be-mühen, um die „Idee“ der Bewegung, d. h. ihre geistigen Ziele, klarzustellen.

Weg mit den Strümpfen! Von einer Leserin geht uns folgende Anregung zu: Kinder, was macht nicht alles die Reklame! Alles kann sie einem vorschreiben, bloß weil es dauernd einem ins Bewußtsein gerückt wird. Warum nehmen wir nicht die Reklame für uns in Anspruch, um die Dinge durchzusetzen, die uns Vorteil und Ver-gügen bringen? Fort mit den Strümpfen im Sommer! Was sagt

bloß, wer hat vom Strümpftragen im Sommer etwas? Wir doch nicht. Denn wie herrlich ist es, ohne Strümpfe nur in Schuhen zu gehen. Und genügt es nicht vollkommen? Kann man sich nicht viel besser walden als dauernd die Strümpfe? Und dann das Strümpfe-stopfen. Nie hat man Ruhe. Bald hier ein Loch, bald da ein Loch, bald eine Nahe gefallen und immerfort, alle Tage muß man sich ganz unstätigerweise mit den Strümpfen beschäftigen. Darum her-aus — ich denke mir, wenn dreißig ranke, schlaffe Mädchen mit bloßen Beinen sich immer wieder zusammensehen lassen, dann muß es sich durchziehen, und zwar so durchziehen, daß man ganz selbst-ständig ohne aufzulassen den ganzen Sommer so gehen kann. Warum legt denn die Mode alles durch? Und wer hat von dem Durchgehen der Mode den Vorteil? Niemals der Verbraucher! Über Strümpfe weg, dann haben wir den Vorteil und nicht nur den gelb-lichen, sondern auch gesundheitlich. Also fort mit dem Ballast!

Der Opernhausumbau. Der Hauptausschuh des Landtages hat sich am 30. Juni erneut mit der Frage der Umgestaltung des Opern-hauses unter den Linden beschäftigt. Mit Rücksicht auf die un-erwänderte Stellungnahme des Reichspräsidenten, daß die östlich am Opern-haus vorbeiführende Verkehrsstraße nicht aufgegeben werden könne, beschloß der Hauptausschuh, die vorliegenden Anträge auf Ein-stellung der Arbeiten und nochmalige Prüfung des Bauprogramms für erledigt zu erklären.

„Die Volksbühne“, das Organ der Deutschen Volksbühnen-vereine, veröffentlicht bereits in seiner eben erschienenen Nr. 13 einen ausführlichen Bericht über die Referate, Debatten und Begrüßungs-reden der Volksbühnentagung in Hamburg. Die sehr reichhaltige Ausgabe bringt unter anderen interessanten Artikeln einen Beitrag von Bruno Schönlank über Sprechschule, einen eingehenden Bericht von der Schauspielertagung, eine Würdigung Meyerhofs u. a.

Bielefeld behält sein Stadttheater. Die Theaterverhältnisse in Bielefeld hatten in letzter Zeit eine Zuspitzung insofern gefunden, daß die Stadt das Theater nicht mehr in eigener Regie weiter-führen wollte. Dagegen haben sich eine Anzahl Stadtorbndene, Verbände usw. gewandt. Nunmehr wurde eine Stadttheater Biele-feld G. m. b. H. errichtet mit einem Gesellschaftskapital von 20000 M. An dem Unternehmen sind die Stadt Bielefeld, die Volksbühne, der Bühnenvolksbund und die Stadt Herford unter Mitwirkung der Preussischen Landesbühne beteiligt.

Die größte Brücke der Welt ist zurzeit die neue Delaware-Brücke in Philadelphia, die am 4. Juli anfänglich der 150-Jahr-Feier der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten dem Verkehr übergeben werden wird. Nach Angaben in den B.D.N. Nachrichten weist sie mit einer Mittelöffnung von 537 Meter Weite und zwei Seitenöffnungen von je 229 Meter Weite die größte Spannweite aller Brücken der Welt auf.

Renovierung des Franziskanerklosters in Wliff. Wie der „Ostfriesische Anzeiger“ mitteilt, werden auswendig das große Franziskanerkloster und die Franziskanerkirche in Wliff einer gründlichen Renovierung unterzogen, die hauptsächlich darin besteht, daß das herrliche Gebäude vollständig im ursprünglichen gotischen Stil wiederhergestellt wird, besonders maß den großen Kirchturm betrifft.

Soziale Gaswirtschaft in der Großstadt

Zum Abschluß der Berliner Städtischen Gaswerke A.-G.

Nicht oft und nicht eindringlich genug kann demonstriert werden, wie sehr der Bürger der Demokratie nötig hätte, öffentliche Betriebe als sein Werk zu lieben, aber auch als sein Werk zu überwachen. Denn sie sind sein Werk und ihr Nutzen ist sein Nutzen. Viel mehr noch als etwa für die Reichsbahn und die Reichspost gilt das für die Betriebe der Städte. Denn die städtischen Werke greifen direkt in jeden Familienhaushalt ein; und je massenhafter diese Eingriffe sind, je größer die Millionensummen, die von der sozialen Stadtwirtschaft ergriffen werden, mit desto größerem Eifer bemüht sich das Privatkapital, die wachsenden Millionen-Geschäfte sich nicht entgehen zu lassen. Das wertvolle deutsche Volk sollte nie den rücksichtslosen Griff vergessen, den das Schwerkopital in der höchsten Inflationszeit nach der Reichsbahn getan hat, kein Berliner je den Sturm, den das Schwerkopital in der schwersten Inflationszeit auf die städtischen Werke unternommen hat, um sie gegen ein Butterbrot zu privatisieren. Die Sozialdemokratie hat diese Angriffe abgewehrt. Sie hat heute wiederum Anlaß, an den Erfolgen der Groß-Berliner Gaswirtschaft zu demonstrieren, wie notwendig ihr Kampf, aber auch wie richtig und wichtig ihr Kampf gewesen ist.

Umfang und Organisation der Berliner Gasversorgung.

Zwei Drittel von Groß-Berlin werden heute aus städtischen Gaswerken und Betrieben versorgt. 1984 Beamte, 3466 Arbeiter standen Anfang dieses Jahres im Dienst dieser Versorgung. 9 Gaswerke, ein Rohrnetz von 3544 Kilometern, an das 905 000 Gasmesser angeschlossen sind, sind in das Versorgungsnetz eingegliedert. Nur ein Drittel von Groß-Berlin (Süden und Südwesten) wird noch von privaten Betrieben beliefert (Deutsche Gasgesellschaft A.-G. und Deutsche Gasbetriebsgesellschaft A.-G.). Aber auch diese Versorgung ist nicht mehr rein privat, sondern gemischt-wirtschaftlich. Die Gesellschaften sind der Stadt für ihre Konzessionen zu Abgaben verpflichtet. Zur Hälfte bei der einen, zum Viertel bei der anderen ist die Stadt am Aktienbesitz beteiligt; damit aber auch (außer der Abgabe) am Gewinn. Die Verlängerung der Konzession bis 1975 die den Gesellschaften 1925 gewährt wurde, hat die Stadt mit großem Vorteil abgeschlossen. Finanzuell und betrieblich. Das innere Stadtgebiet geht in die städtische Versorgung über; ebenso das Niederbarnimer Versorgungsgebiet mit den Werken Weißensee und Oberschöneweide. Die gesamten Gaswerksanlagen der Deutschen Gasgesellschaft A.-G. gehen nach Ablauf des Vertrages in das Eigentum der Stadt Berlin über.

Wie haben die Gaswerke gewirtschaftet?

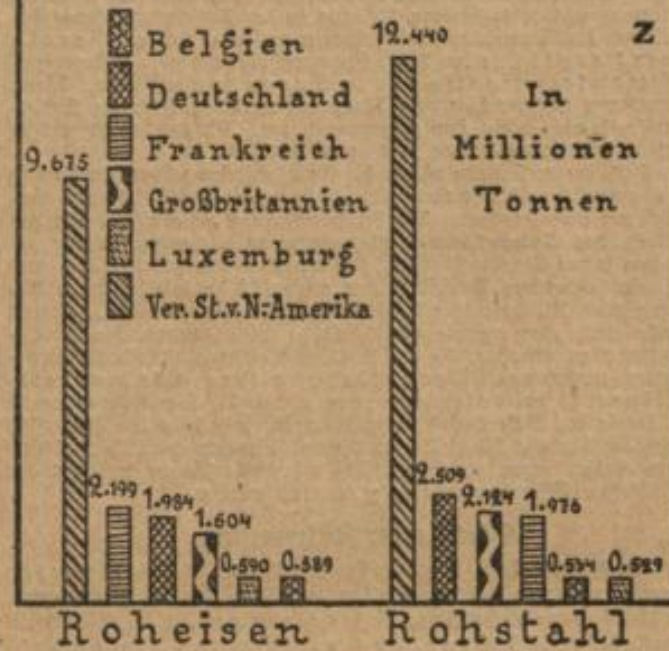
Das privatkapitalistische Unternehmertum und seine Presse hämmer seit Jahren und Jahrzehnten den deutschen Bürger immer und immer wieder ein: öffentliche Wirtschaft — schlampige Wirtschaft, öffentliche Betriebe — Verlustbetriebe. Und man muß sagen, wäre die organisierte Arbeiterschaft nicht wachsam, diese skrupellose Agitation hätte Erfolg. Aber trotzdem werden viele Uneingeweihte staunen: die städtischen Gaswerke Berlins werden in Fachkreisen geradezu als Musterbetriebe angesehen. Besser als alle Worte beweisen das Ziffern, an denen nichts zu denken ist. Die Gasabgabe der Berliner Städtischen Gaswerke A.-G. ist 1924/1925 gestiegen von 323 auf 395 Mill. Kubikmeter. Die Gasproduktion stieg von 335 auf 427 Mill. Kubikmeter. Hier aber gleich ein schlagender Beweis der Wirtschaftlichkeit: während 1924 aus einer Tonne vergasteter Kohle nur 351 Kubikmeter Gas gewonnen wurden, waren es 1925 425 Kubikmeter. Das ist dem Ausbau und der Verbesserung der Anlagen, aber auch der wirtschaftlicheren Ausnutzung der Anlagen zu danken. Weiterer Beweis der Wirtschaftlichkeit: auch die Produktionskosten sind bedeutend gesunken; ohne viel Gerede von Rationalisierung und ohne Staatshilfe. Obwohl die Durchschnittslöhne der Handwerker von 55 auf 96 Pfg., der Angelernten von 48 auf 85 Pfg., der Ungelehrten von 43 auf 79 Pfg. erhöht worden sind, sind die Herstellungskosten der Produktion ganz bedeutend gesunken: Die Erzeugung von je 1000 Kubikmeter Gas kostete 1924 noch 159,03 Mark, 1925 dagegen nur 134,01 M. Daran ist zwar die eingetretene Verbilligung der Kohlen etwas beteiligt. Aber die vom Kohleneinsatz un abhängigen Betriebskosten zeigen dieselbe Kostensenkung: auf je 1000 Kubikmeter Gasverbrauch von 21,76 auf 19,60 M. Rohenergieverbrauch von 1,62 auf 1,56 M, Generalkosten von 10,32 auf 8,39 M. Deutscher kann die Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung nicht beweisen werden. Aber die Werke haben sich nicht auf die Verbilligung der Produktion im Augenblick beschränkt. Sie haben der weiteren Verbilligung in der Zukunft vorgearbeitet: In sämtlichen bis 1925 vollendeten Werken wurden die technischen Anlagen sehr stark auf größte und zugleich billigste Leistung umgebaut. Das Rohrnetz, damit die Abgabebasis, wurde um 64 Kilometer im Jahre 1925 erweitert. Nur deshalb wurden für 1925 noch nicht die Gaspreise herabgesetzt, um durch die Ansammlung genügend starker Betriebsmittel die Leistungsfähigkeit so groß zu machen, daß später eine umso fühlbarere Preisentlastung eintreten kann. Die Erneuerungs- und Erweiterungsarbeiten, für die mindestens 12,8 Mill. aufgewendet wurden, und die zum weitaus größten Teil aus den laufenden Einnahmen bestritten wurden, gingen nach dem Geschäftsbericht weit über den Rahmen normaler Kaufarbeit hinaus. Der Beweis der Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung wird aber auch in klingender Münze erbracht.

Der finanzielle Erfolg.

Den Wirtschaftserfolg auch finanziell deutlich werden zu lassen, war durchaus nicht so einfach. Von größter Be-

deutung für die wirtschaftliche Betriebsführung großer Gaswerksanlagen ist nämlich der finanzielle Ertrag der Nebenprodukteverwertung. Die Preise für die Nebenprodukte, die im freien Handel verkauft werden, sind nämlich bedeutend gesunken. So zeigen die Einnahmen der Gewinn- und Verlustrechnung gegenüber 1924 folgende Rückgänge: für Koks von 15,4 auf 14,1 Mill., Koksagrus von 0,80 auf 0,57, Waschlots von 0,13 auf 0,06 Mill. Benzolnebenprodukte gar von 1,93 auf 1,39 Mill. und verschiedene andere Nebenzeugnisse von 0,35 auf 0,25 Millionen. Das sind ganz bedeutende Ausfälle. Dennoch sind die gesamten Betriebseinnahmen von 84,06 auf 93,71 Mill. gestiegen. Während aber die Gesamteinnahmen von 1924/25 um 9,67 Mill. zunahm, stiegen die laufenden Ausgaben nur um 5,61 Millionen. Außerdem wurden die Ausgaben für Wertserhaltung und Ber-

Die Eisen- und Stahlproduktion der wichtigsten Länder Januar-März 1926



erneuerung von 10,43 auf 12,79 Mill. erhöht. Derselbe günstige Eindruck wiederholt sich bei der Bilanz: Auch hier macht sich in den gestiegenen Vorräten bemerkbar, daß städtische Gaswerke für ihre Erfolge sich nicht einfach auf ihre Monopolstellung verlassen können, wie das privatkapitalistische Unternehmertum so gerne behauptet. Die Wirtschaft- und Absicht hat auch hier die unvorstellbaren Bögen an Nebenprodukten stark anwachsen lassen und die städtischen Werke zu großer Vorsicht in der Bewertung der Posten veranlaßt. Erfreulich aber ist zu sehen, wie mit Zinsen gespart wird und die Konjunktur ausgenutzt wird. Was den Privatunternehmern nämlich trotz aller Predigten nicht zugebracht ist, die Materiallager klein zu halten, ist hier durchgeführt: die Steinkohlen-, Brei- und Braunkohlenlager, die gehalten werden, sind offenbar über das Maß der Preisentlastung hinaus verkleinert. Obwohl die Geschäfte bedeutend erweitert sind, blieb sich die Bilanzsumme mit 28,72 gegen 27,65 Mill. fast gleich. Zinsentressende Schulden (an die Rütgerswerke 2,56 Mill. Akzente 0,36 Mill.) sind zum größten Teil getilgt. Nur die laufenden Verpflichtungen sind verhältnismäßig geringfügig, von 9,72 auf 11,55 Mill. erhöht. Der Reingewinn wird mit 8,14 Mill. ausgewiesen; er wird formell zur Tilgung des „Kapitalwertungs-kontos“ benutzt, war aber die Hauptgrundlage zum Ausbau der Werke. Er darf aber noch höher angenommen werden: einmal um die der Stadt Berlin zugeführte Abgabe von 3,24 Mill., und dann um den Posten Wertpapiere und Beteiligungen (Rütgerswerke, Deutsche Gasgesellschaft A.-G., Deutsche Gasbetriebsgesellschaft A.-G.) mit 3,03 Mill. Als Bilanzgewinn ist der Wertzuwachsposten der Anlagen mit 3,59 Mill. anzusehen. (Kapitalverpflichtungskonto der Stadt Berlin.)

Sozialwirtschaftliche Bilanz.

Aber auch in sozialwirtschaftlicher Richtung ist die Bilanz der Städtischen Gaswerke A.-G. hochaktuell. Sie hat den ausführlichsten und sorgfältigsten Geschäftsbericht veröffentlicht, den wir bisher kennen gelernt haben. Der Seitenzahl nach ist er gegen das Vorjahr auf 48 Seiten verdoppelt, dem Wert des veröffentlichten Materials, der Sorgfalt der Berichterstattung nach vervielfacht. Schon bei der Besprechung der Nord-Südbahn-bilanz haben wir darauf hingewiesen, welche gewaltige Hilfe für eine planvolle Wirtschaftspolitik gewonnen wäre, wenn die privatkapitalistischen Unternehmungen auch nur annähernd so vollständige Geschäftsberichte veröffentlichen würden. Gegenüber den städtischen Gaswerken haben wir diese Feststellung nur zu wiederholen. Man sollte auch in anderen öffentlichen Betrieben ja nicht unterschätzen, von welcher großer Bedeutung die rücksichtslose Informa-

tion der Öffentlichkeit und die Herausforderung der öffentlichen Kritik durch weitestgehende Publizität in jeder Hinsicht ist. Sie bedeutet einen Anreiz für die verantwortlichen Leiter der Betriebe, mit äußerster Anspannung die Betriebsleistung auf den größten Erfolg zuzuspitzen; denn die Achtung und der Respekt der Öffentlichkeit, die höchste Ehre öffentlicher Betriebsleiter, hängt davon ab. Sie ist aber auch die Voraussetzung dafür, daß der soziale Dienst, dem die öffentlichen Werke gewidmet sind, von den Staats- und Kommunalbürgern beachtet und gefördert wird. Geschieht das von den Staats- und Kommunalwerten, so wird die Zeit bald endgiltig vorüber sein, wo die besten Köpfe dem Privatkapital sich verkaufen, weil hier die höchsten Gehälter gezahlt werden; unbefürmert um alle soziale Moral, nur dem Profit und der Herrschaftsmacht, die der Plutokratie zuwachsen. Dem Dienst am gemeinen Nutzen wird dann auch in der Öffentlichkeit endlich jene Ehrenstellung eingeräumt werden, ohne die keine wahre Demokratie möglich ist; weder im Staat noch in der Gemeinde.

Steigende Getreidepreise.

Die auf den Stichtag des 30. Juni berechnete Großhandelsindex-ziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 23. Juni um 1,3 Proz. auf 126,9 gestiegen. Bei weiter anziehenden Getreidepreisen erhöhte sich die Indexziffer der Agrarerzeugnisse um 1,8 Proz. auf 128,5, während die der Industriestoffe nur leicht auf 123,8 anstieg. Im Durchschnitt Juni lagen die Agrarerzeugnisse mit 125,0 um 1,8 Proz. höher und die Industriestoffe mit 123,7 um 0,2 Proz. niedriger als im Mai. Die Gesamtindexziffer stellte sich im Durchschnitt Juni auf 124,8.

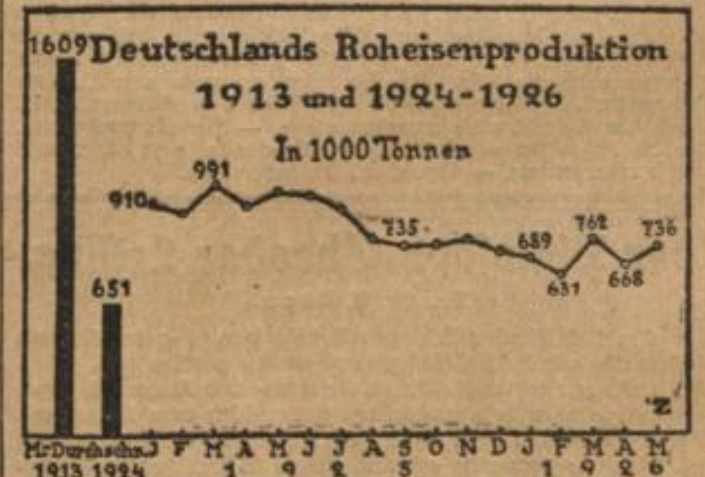
Der Kursstand der Aktien Ende Juni 1926.

Die Commerz- und Privat-Bank veröffentlicht in dem oben erschienenen Juliheft eine Tabelle, die eine Uebersicht über den Kursstand der an der Berliner Börse amtlich notierten Werte Ende Juni im Vergleich zum Vormonat gibt. Es notierten:

Goldparität:	Zahl d. Aktienwerte	Ende Juni 1926	Ende Mai 1926
unter 50 Proz.	221	25,4	26,4
von 50 bis 75	202	23,2	26,6
75 100	187	19,2	18,8
100 150	228	26,2	25,1
über 150	52	6,0	8,8
Zusammen:	870	100,0	100,0

Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß die Zahl der unter 50 Proz. der Goldparität notierten Werte sich nur verhältnismäßig wenig verändert hat. Andererseits weist die Zahl der mit über 150 Proz. bewerteten Aktien annähernd eine Verdoppelung auf.

Victoria-Versicherungskonzern. Die Generalversammlung der Allgemeinen Versicherungs-A.G. Victoria, Berlin, genehmigte die Vorschläge des Aufsichtsrats und des Vorstandes. Es wird ein Vermögen von 220,7 Millionen Reichsmark ausgewiesen, denen an Reserven 207,9 Millionen Reichsmark gegenüberstehen. Die Prämien- und Zinseneinnahme betrug 36 711 055 Reichsmark und der Gesamtüberschuh 4 893 964 Reichsmark, wovon den Versicherern in den beiden Lebensversicherungs-Abteilungen bei einer gewinnberechtigten Prämie von insgesamt 21 633 706 Reichsmark an Gewinnen 4 486 353 Reichsmark zugewiesen wurden. In der Abteilung der Lebensversicherung ohne Unterdeckung (O. U.) ist der Gewinnanteil auf 25 Proz. der gewinnberechtigten Jahresprämie festgesetzt und in der Abteilung der großen Lebensversicherungen wieder, wie in der Vorkriegszeit und auch schon im Vorjahre, auf 3 Proz. der Summe der vom Versicherungsbeginn an gezahlten gewinnberechtigten Prämien. Die Prämienentnahme in der Unfallversicherung betrug 3 580 676 Reichsmark. Hier sind die Versicherungen ohne Gewinnbeteiligung abgeschlossen. Die neu eingeleiteten Lebensversicherungen beliefen sich auf 271,5 Millionen Reichsmark und der Lebensversicherungsbestand am Ende des Jahres war 520 Millionen Reichsmark. Die Victoria hat damit als erste deutsche Gesellschaft nach dem Kriege im Lebensversicherungsbestand wieder eine halbe Milliarde über-



schritten. Die Aktionäre erhalten 10 Proz. Dividende. Bei der Victoria, Feuer-Versicherungs-A.G. betrug die gesamte Prämien-einnahme 11 772 736 Reichsmark und der Ueberschuh 297 675 Reichsmark. Es wird über das Anwachsen der Schäden in der Feuer- und vor allem in der Kraftfahrzeug-Versicherung geklagt. Die Dividende beträgt 12 Proz. Die beiden Victoria-Gesell-schaften am Rhein, die Victoria am Rhein, Allg. Verf. A.-G. und die Victoria am Rhein, Feuer- und Transport-Verf. A.-G., beide in Düsseldorf, stehen mit der Victoria in Berlin in engstem Zusammenhang. Seit Anfang dieses Jahres betreibt die Victoria am Rhein Allg. Verf. A.-G. auch die Lebensversicherung direkt mit denselben Bedingungen und nach den gleichen Tarifen und Grundfragen wie die Berliner Gesellschaft. Die Victoria, Rüd.-Verf. A.-G. hatte eine Prämienentnahme von 4 914 893 Reichsmark und einen Ueberschuh von 63 195 Reichsmark. Ihr Lebensversicherungsbestand be-lauf sich Ende 1925 auf 59 187 705 Reichsmark.

W. WITTING



ENVER BEY

Fabelhaft 3 D

Qualität konkurrenzlos